

14

Bonn, 23. Mai 1960

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Burghacher, Dufhues, Fay, Gerstenmaier, von Hassel, Heck, Hellwig, Höcherl, Johnen, [Kraske], Krone, Osterloh, Stoltenberg.

Konstituierung des Bundesvorstandes. Wahl eines engeren Bundesvorstandes nach § 26 des Parteistatuts. Kulturpolitische Bundestagung. Parteitag 1961.

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 17.30 Uhr

KONSTITUIERUNG DES BUNDESVORSTANDES

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir haben uns heute zur konstituierenden Sitzung des Vorstandes zusammengefunden. Ich stelle fest, daß wir das getan haben. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*)

WAHL EINES ENGEREN BUNDESVORSTANDES NACH § 26 DES PARTEISTATUTS

Adenauer: Dann muß ein engerer Vorstand nach § 26 des Parteistatuts gewählt werden. Das Parteistatut hat sich als korrekturbedürftig erwiesen; es sieht einige Leute zu wenig vor. Es gibt hier nur ein Mittel, daß wir einige Herren oder Damen hinzuwählen vorbehaltlich der Billigung des nächsten Parteitages.

Wir folgen damit dem Vorbild von Westfalen oder von Nordrhein, Herr Johnen! Wir folgen doch Ihrem Vorbild? (*Johnen:* Ich weiß zwar nicht, was Sie vorhaben, aber es ist richtig! – *Heiterkeit.*) Was sollen die anderen für einen Eindruck bekommen, wenn Sie nicht genau zuhören, was der Vorsitzende sagt! Es sind Wünsche laut geworden, den engeren Vorstand größer zu machen, als dies nach dem Statut vorgesehen ist. Wieviel sind es? (*Von Hassel:* Zwei!) Wir können dieser Notwendigkeit nur dadurch Rechnung tragen, daß wir die heutige Wahl der Mitglieder des engeren Vorstandes vorbehaltlich der späteren Genehmigung durch den Parteitag durchführen. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*)

Von Hassel: Es ist sehr schwierig, ein Tableau derjenigen zusammenzustellen, die aus dem großen Vorstand in den engeren Vorstand gewählt werden sollen. Die Überlegungen gehen davon aus, daß wir einige Herren aus dem Bundeskabinett nehmen, dann die Ministerpräsidenten, soweit sie der CDU angehören, dann einige Damen und Herren von den Vereinigungen und eine Reihe von Landesvorsitzenden. Bei diesen Überlegungen sind heute morgen die Landesvorsitzenden mit den stellvertretenden Parteivorsitzenden zu folgendem Tableau gekommen. Ich darf anregen, daß wir hier ähnlich verfahren wie heute morgen bei der Wahl im Parteiausschuß¹, daß nämlich – falls neue Vorschläge gemacht werden – dafür andere gestrichen werden müssen. Ich darf nunmehr die Reihenfolge nach dem Alphabet bekanntgeben:

Aus dem Bundeskabinett:	Dr. von Brentano Professor Dr. Erhard Etzel Dr. Schröder
Die Ministerpräsidenten:	Dr. Altmeier Kiesinger Dr. Meyers Dr. Röder
Für Hamburg und Bremen:	Blumenfeld (der gegenwärtig in den Vereinigten Staaten ist)
Westfalen:	Dufhues
Hessen:	Dr. Fay
Niedersachsen:	Dr. Fricke
Nordrhein:	Johnen
Berlin, Exil-CDU und Oder-Neiße:	Dr. Gradl
Baden-Württemberg:	Scheufelen

Hier würde ich persönlich vorschlagen, daß von den vier Landesverbänden der jeweilige geschäftsführende Landesvorsitzende hineinkommt, die dort in jährlichem Rhythmus wechseln. Z.Z. ist es Herr Scheufelen.

Frauen:	Aenne Brauksiepe
Arbeitnehmer:	Katzer
Junge Union:	Dr. Stoltenberg

Diese Vorschläge machen die Landesvorsitzenden. Wir haben nicht abgestimmt, so daß ich nicht weiß, ob der Vorschlag einstimmig ist. Ich habe aber das Gefühl, daß sich

¹ Protokoll der Sitzung des Bundesausschusses am 23. Mai 1960 in ACDP VII-001-021/8.

jeder dazu bekennt. Eine Schwierigkeit liegt darin, daß es zwei mehr sind, als wir eigentlich wählen dürfen. Wir haben überlegt, ob man es so machen könnte, und kamen zu der Auffassung, daß wir die Wahl vornehmen sollten. Wir können dann, wenn es notwendig sein sollte, auf dem nächsten Bundesparteitag im § 26 des Statuts die Zahl von 16 auf 18 erhöhen.

Adenauer: Ich denke, der Vortrag war klar und deutlich. Darf ich fragen, ob das Wort gewünscht wird? Bitte, Herr Dufhues!

Dufhues: Wenn wir schon die Zahl erhöhen, dann bitte ich vorweg darum, noch jemand hinzuzunehmen, weil es mir wünschenswert erscheint, daß sowohl eine katholische wie auch eine evangelische Frau vertreten ist. Ich würde es begrüßen, wenn sich der Bundesvorstand entschließen könnte, neben Frau Brauksiepe auch Frau Dr. Rehling in den engeren Vorstand zu wählen.

Adenauer: Das hätte auch den Vorteil, weil Frau Rehling evangelisch ist. (*Dufhues:* Das habe ich ja gesagt!) Dann hätten wir statt acht nunmehr neun evangelische Mitglieder. Frau Rehling ist eine erfahrene Parlamentarierin, wie Sie wissen. Daher halte ich diesen Vorschlag für gut. Wird das Wort dazu gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Darf ich annehmen, daß Sie mit der Zuwahl von Frau Rehling einverstanden sind? (*Zustimmung.* – *Von Hassel:* Wir müssen über das ganze Tableau abstimmen!) Wir müssen sagen, welche Namen der nachträglichen Genehmigung bedürfen. (*Johnen:* Die Namen soll keiner wissen! – *Von Hassel:* Nur ziffernmäßig! – *Johnen:* Es ist egal, wer das ist! – *Unruhe.*) Meine Herren! Ich wollte das nur klarstellen. Damit schweben Sie alle in der Luft! (*Johnen:* Keine Differenzierungen!) Das ist ein Zustand, der Ihnen wohl behagt, Herr Johnen? (*Anhaltende Unruhe.*) Wir lassen die Namen also weg, sonst könnten sich drei abgestempelt fühlen. Wir lassen es unentschieden und brauchen nicht einzeln abzustimmen, sondern nehmen den Vorschlag insgesamt. Ich bitte nun diejenigen, die für diese Zusammensetzung des engeren Vorstandes, wie vorgeschlagen, sind, eine Hand zu erheben! – Soweit ich das überschauen kann, ist es einstimmig.

Burghacher: Herr Bundeskanzler! Ich habe mich, nachdem Sie mir das Vertrauen geschenkt und mich zum Bundesschatzmeister gewählt haben, nach der Abstimmung bewußt zum Wort gemeldet. Ich bitte, für das Protokoll zu beschließen, daß der Bundesschatzmeister zu den Sitzungen als Gast eingeladen wird; denn er möchte gern wissen, a) welche Richtlinien bestehen und b) ob das, was in Ihrer unerforschlichen Weisheit beschlossen wird, auch finanziell durchzuführen ist. (*Von Hassel:* Wir würden Sie als „zahlenden Gast“ hinzuziehen! – *Heiterkeit.*)

Adenauer: Sie sind damit einverstanden! Also, dann wäre das auch erledigt.

Dann haben wir noch „Beschuß über Termin und Ort der kulturpolitischen Bundestagung und des nächsten Bundesparteitages“ zu erledigen.

Dufhues: Noch etwas anderes! Nach § 25 des Statuts kann der Vorstand bis zu drei Mitglieder kooptieren. Ich frage deshalb, ob diese drei Mitglieder jetzt gewählt werden sollen. Ich bringe es in Erinnerung, damit es nicht vergessen wird.

Von Hassel: Aufgrund der Satzung wählt der Gesamtvorstand drei weitere Mit-

glieder, die er kooptiert. Eines dieser kooptierten Mitglieder war Herr Pferdenges. Er ist jetzt direkt gewählt worden. Ich würde meinen, daß wir diese Kooptierung jetzt vornehmen sollten, damit es noch vor der Sommerpause und vor Ihrem Urlaub², Herr Bundeskanzler, erledigt ist. Wir haben dazu aber nichts vorbereitet.

Albers: Diese Frage können wir bis zur nächsten Vorstandssitzung zurückstellen. Wir brauchen sie heute nicht zu erledigen. (*Zuruf:* Warum nicht?) Weil Sie dann noch einen Vorschlag von mir bekommen.

Adenauer: Wir haben ja Zeit! (*Dufhues:* Ich würde Herrn Majonica vorschlagen! – *Altmeier:* Ich schlage Herrn Professor Süsterhenn vor! – *Johnen:* Ich schlage Herrn Martin vor!) Mit welcher Begründung? Weil er Westfale ist?

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Es muß unser Ziel sein, möglichst auch junge heranwachsende Politiker für den Bundesvorstand zu gewinnen. Mir scheint Herr Majonica für den Bundesvorstand als einer dieser Politiker geeignet zu sein. Diese Auffassung teilt auch Herr Krone.

Adenauer: Jetzt haben Sie Herrn Krone schon festgelegt! Was soll er jetzt sagen! (*Johnen:* Die drei Vorgeschlagenen halte ich für ausgezeichnet: Majonica, Süsterhenn und Martin!) Warum halten Sie die für ausgezeichnet? (*Johnen:* Das ist eine gute Ergänzung des Vorstandes!) Weil Herr Martin Psychologe ist? (*Johnen:* Der dürfte hier fehlen! Aber nicht deshalb schlage ich ihn vor!)

Stoltenberg: Ich möchte Herrn Dr. Even, den 2. Sekretär der Jungen Union, vorschlagen. Die Liste von heute morgen hat eine gewisse psychologische Wirkung ausgeübt; denn aus der Reihenfolge der Stimmen war klar zu erkennen, daß diejenigen Damen und Herren, die auf der Liste vorgeschlagen wurden, ein gewisses Prä bei der Abstimmung hatten. Das geht aus dem Ergebnis klar hervor. (*Zurufe:* Die war doch alphabetisch!) Damit soll nichts gegen die Wahl gesagt werden. Ich habe den Vorschlag kurz begründet und möchte wiederholen, daß wir als größte Vereinigung im Gesamtvorstand mit 50 bis 60 Mitgliedern nur durch den Vorsitzenden der Jungen Union vertreten sind. Wir legen ganz entschieden Wert darauf, und zwar aus sachlichen und optischen Gründen, insbesondere in einer Zeit, wo man soviel von der alten und jungen Generation der Politiker spricht, zumindest ein zweites Mitglied der Jungen Union im Bundesvorstand zu haben.

Wir schlagen Dr. Bert Even, den langjährigen ersten stellvertretenden Vorsitzenden der Jungen Union, vor, der in seiner parlamentarischen Arbeit ein Verdienst erworben hat, daß man ihn mit gutem Grund für dieses Gremium benennen kann.

Adenauer: Ich muß mich verbessern. Unser verehrter Gast, Herr Höcherl, macht mich darauf aufmerksam. Sie sprachen von psychologischen Gründen. Herr Martin ist nicht Psychologe, sondern Psychiater. Das ist ein sehr wertvoller Mann. (*Zuruf:* Insbesondere für Politiker ein guter Mann!)

2 Vom 25. Mai bis 18. Juni 1960 in Cadenabbia. Vgl. BUCHSTAB: Cadenabbia S. 65.

Krone: Herr Johnen! Ich habe eine ungeheure Achtung vor Nordrhein-Westfalen. Ich bin ein halber Nordrheiner! Aber wenn man die Liste sieht, dann ist Nordrhein-Westfalen nicht gerade schlecht vertreten! (*Johnen:* Zahlenmäßig schlecht, qualitativmäßig gut!) Es sind zehn. Ich weiß nicht, wer noch da ist. Das ist ungefähr die Hälfte. (*Burgbacher:* Der Bundesschatzmeister zählt zu keinem Land! – *Johnen:* Der Vorsitzende ist auch überregional! – *Unruhe:* Europäer!)

Adenauer: Herr Krone! Sie wünschen statt Herrn Dr. Even einen anderen? (*Krone:* Ich will das heute nicht entscheiden. – *Anhaltende Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Wenn Sie mir auch einmal ein Wort erlauben wollen, dann meine ich, wenn jemand gewählt wird als Vertreter einer bestimmten Organisation, können wir nicht sagen, der Mann muß nun daher oder daher sein. Es geht doch darum, daß wir einen Mann aus einer bestimmten Organisation haben und nicht den Vertreter irgendeines Landes. Verzeihen Sie, Herr Krone, wenn ich Ihnen entgegentrete, aber ich halte das für richtig!

Stoltenberg: Ich wollte das gleiche sagen. Herr Dr. Even wird von mir nicht vorgeschlagen, weil er Rheinländer ist, sondern er ist der gewählte stellvertretende Vorsitzende der gesamten Junge Union. Es ist ein Vorschlag der Jungen Union des Bundes und nicht des Landes Nordrhein-Westfalen.

Albers: Ich schlage vor, über diese Frage heute nicht zu entscheiden, sondern erst in der nächsten Bundesvorstandssitzung. Man muß darüber nachdenken. Ich stelle den Antrag auf Vertagung!

Adenauer: Dann bitte ich diejenigen, die für eine Vertagung sind, eine Hand zu erheben. – Das scheint eine schwache Minderheit zu sein. Ich bitte diejenigen, die gegen eine Vertagung sind, die Hand zu erheben! – Das ist die entschlossene Mehrheit.

Von Hassel: Lassen wir ruhig Stimmzettel verteilen. Vier sind vorgeschlagen. Drei Namen werden draufgeschrieben, und dann sind die Herren bestimmt, die die meisten Stimmen bekommen.

Adenauer: Dann ist der Zufall dabei. Ich bin dafür, daß wir uns verständigen. Herr von Hassel! Wollen Sie bitte wiederholen, welche vier vorgeschlagen sind!

Von Hassel: Es sind vorgeschlagen: Majonica von Dufhues, Professor Dr. Süsterhenn von Ministerpräsident Dr. Altmeier, Dr. Martin von Johnen, Dr. Bert Even von Dr. Stoltenberg.

Dr. Martin ist in der Kulturpolitik außerordentlich tätig. Dr. Even ist von der Jungen Union. Majonica und Süsterhenn sind bekannt. Da brauche ich nichts hinzuzufügen.

Adenauer: Herr Majonica heiratet jetzt. Wir sollten ihn anderweitig nicht belasten! (*Heiterkeit.*)

Von Hassel: Das würde also heißen: Süsterhenn, Dr. Even und Martin. (*Fay:* Herr Martin ist 44 Jahre alt. Er hat gerade das Alter der Jungen Union überschritten!)

Adenauer: Die Junge Union geht bis zu 70 Jahren! (*Heiterkeit und Bewegung.* –

Gerstenmaier: An eine solche „Beschränkung“ der Jungen Union hätte ich nicht geglaubt! Ich würde sagen, bis 85!) Ich bin Ehrenmitglied!

Gerstenmaier: Ich möchte der Meinung Ausdruck geben, daß von diesen drei jedenfalls Herr Süsterhenn nominiert werden müßte. (*Altmeier:* Sehr richtig!) Herr Süsterhenn ist sicher einer der ausgeprägtesten Köpfe für ein bestimmtes Problem, mit dem wir uns in der CDU noch sehr lange werden herumschlagen müssen, nämlich mit dem Problem Bund/Länder. Herr Süsterhenn kommt nicht aus dem ganzen tagespolitischen – entschuldigen Sie, Herr Bundeskanzler – Heckmeck, mit dem herumgedoktert wird, sondern er denkt über diese Sache sehr viel nach, so daß er nach meiner Überzeugung in diesem Gremium unter dem Gesichtspunkt der großen Denker aufzunehmen wäre.

Adenauer: Ich will das, was Herr Gerstenmaier von den großen Denkern gesagt hat, überhören. Das war ein direkter Angriff! – Ich möchte weiter feststellen: Leute, die zuviel nachdenken in der heutigen Zeit, werden Zentralisten und bleiben nicht Föderalisten. (*Bewegung.* – *Von Hassel:* Das möchte ich überhört haben! – *Gerstenmaier:* Nur mit Denken können Sie korrigieren!) Herr Süsterhenn hat etwas für sich; er ist der Vertreter der großen katholischen Verbände. (*Altmeier:* Das weiß ich gar nicht!) Aber ich weiß es, Herr Altmeier! Der Mann ist für uns viel mehr wert als nur vom föderalistischen Standpunkt aus gesehen. Praktisch gesehen ist er sehr wertvoll. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*) Meine Herren! Ich sehe mal vom Denken jetzt ab. (*Von Hassel:* Ich darf wiederholen: Süsterhenn, Even und Martin! – *Zuruf:* Vom Denken können wir absehen! – *Bewegung und Heiterkeit.* – *Höcherl:* Süsterhenn ist der letzte Föderalist der CDU! – *Burgbacher:* Außer den Bayern! – *Unruhe.*) Herr Süsterhenn ist Kölner, Herr Burgbacher! (*Burgbacher:* Ja, Sie haben mich falsch verstanden, Herr Bundeskanzler! Als Herr Höcherl gesagt hat „der letzte Föderalist“, habe ich geantwortet: Außer den Bayern, aber nicht „außerdem Bayer“! – *Unruhe.*)

Meine Damen und Herren! Sie haben gehört, wie sich das Gespräch entwickelt hat. Herr von Hassel schlägt vor: Süsterhenn, Even und Martin. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*) Dann bitte ich diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Das ist natürlich einstimmig. Ich bitte diejenigen, die dagegen sind, eine Hand zu erheben!

KULTURPOLITISCHE BUNDESTAGUNG

Adenauer: Wir können übergehen zu dem Punkt, den ich bereits aufgerufen hatte: „Beschlußfassung über Termin und Ort der kulturpolitischen Tagung und des nächsten Bundesparteitages“. Lassen Sie mich zu der sogenannten kulturpolitischen Bundestagung etwas sagen. Der Gedanke stammt von mir; deswegen kann ich davon sprechen. Mir schwebt aber nicht eine kulturpolitische Tagung vor. Das möchte ich sehr nachdrücklich sagen. Ich weiß nicht, wie das Wort da hineinkommt, Herr Kraske!

Das soll keine kulturpolitische Tagung sein, sondern etwas ganz anderes! Ich habe darüber mit Herrn Krone und einigen anderen Herren von einer ganz anderen Sicht aus als nur von der Kulturpolitik gesprochen, aber nicht deshalb, weil wir – wie die Länder befürchten – eine Bundespartei sind, die über die Landesparteien auch ein bißchen zu sagen hat.

Lassen Sie mich so anfangen: Deutschland ist ein armes Land – trotz allem augenblicklichen Reichtum! Der große Reichtum und Besitz, den wir hatten, nämlich die Kohle, ist in seinem Wert erheblich abgesunken. Die Kohle wird niemals mehr den Wert wieder bekommen, den sie einmal gehabt hat. Daneben hatte unser Volk gute Kenntnisse und einen starken Arbeitswillen. Mit den Kenntnissen sieht es schlecht aus, und mit dem Arbeitswillen sieht es noch schlechter aus heute.

Daher ist der Gedanke entstanden, eine Tagung zu veranstalten, die sich damit beschäftigen soll, wie wir in einer Zeit, in der die Wirtschaft immer mehr technisiert wird – ich denke jetzt gar nicht an Atom usw. –, der jungen Generation soviel an Wissen, Können und Erziehung vermitteln können, daß damit die Kenntnisse und der Arbeitswille, von denen ich eben gesprochen habe, im deutschen Volke gefördert werden und erhalten bleiben. Wenn wir auf diesem Gebiete nichts tun, werden wir in zehn oder zwanzig Jahren ein armes Volk sein. (*Burgbacher*: So lange dauert es nicht mehr!) Daher ist der Gedanke gekommen, daß man anfangen sollte zuerst bei der Volksschule, dann bei der Berufsschule, bei der Mittelschule; dazu kommen dann die Ingenieurschulen, die Technischen Hochschulen und die Universitäten. Wie weit man da gehen kann oder soll, ist eine Frage, die noch erörtert werden muß.

Ich möchte aber vermeiden, daß diese Tagung den Beinamen „Kulturpolitische Tagung“ bekommt. Das ist sie nicht, und das soll sie nicht sein, sondern ich suche auch nach einem Namen. Ich hatte auch mal einen, aber ich muß Ihnen gestehen, er ist mir entgangen.

Der Inhalt dieser Tagung soll sein: Wie können wir die Kenntnisse und den Arbeitswillen der jungen Generation stärken und verbessern? Auf diesem Gebiet herrscht bei uns ein großer Mangel. Die etwas rohen Arbeitsmethoden in der Wirtschaft sollen verfeinert und verbessert werden. Dafür müssen wir die jungen Leute mehr als bisher heranbilden. Ich will Ihnen nur ein Beispiel sagen. Ich hatte neulich eine Zusammenkunft mit Herrn Wild³ von den Handwerkern. Wir sprachen über die Lehrlinge und die Gesellen. Sämtliche Herren, die da waren, sagten mir, daß die Gesellen heutzutage überhaupt nicht mehr in der Lage seien, etwas zu berechnen; sie könnten einfach nicht mehr rechnen. Und was die Herren, die Lehrlingsprüfungen abhalten, über die Ergebnisse sagten, ist geradezu erschütternd.

Ich bin auch der Auffassung, daß es gar nicht nötig ist, daß alle diejenigen, die sich jetzt Ingenieur nennen, eine Technische Hochschule besuchen, sondern die sollen

3 Am Freitag, dem 12. Februar 1960 (TERMINKALENDER). – Josef Wild (geb. 1901), Bäckermeister; 1954–1979 Präsident der Handwerkskammer für Oberbayern, 1955 zum Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks gewählt.

auf den mittleren Schulen herangebildet werden. Ich habe in einer Statistik gelesen, wieviel von den Chemikern, die eine Hochschule besucht haben, also Diplomchemiker usw., Aussicht haben, in den großen Werken – auch wenn sie zuerst ein gutes Anfangsgehalt haben – später in eine höhere Stelle aufzurücken oder aufzusteigen. Das sind verhältnismäßig sehr wenige, meine Damen und Herren. Und da kann sich sehr leicht eine große Unzufriedenheit zeigen; denn die Leute sagen, wir haben Examina an den Hochschulen gemacht, und nun können wir doch nicht weiter aufsteigen.

Das ist also die andere Seite. Die Leute sollen sich nach meiner Auffassung – ich bin aber nicht Sachverständiger – in einer mittleren Schule die nötigen Kenntnisse erwerben, damit sie als Chemiker unter einem anderen, der sie führt, arbeiten können. Also nicht die Kulturpolitik, sondern dieses Arbeitsproblem, die Heranbildung der Jugend zu tüchtigen Leuten, das soll das Hauptthema sein!

Zu den Hochschulen! Ich habe neulich ein Gespräch gehabt mit Professor Martini⁴, der jetzt, soviel ich weiß, Vorsitzender des Wissenschaftsrates ist. Er zeigte mir eine Statistik, nach der wir im Jahre 1965 rund 250.000 Studenten hätten. Frankreich hätte um dieselbe Zeit 300.000. Und nun will man die Gebäude, die Laboratorien usw. für diese 250.000 Studenten haben. Die Herren haben sich aber nicht viel mit der Frage beschäftigt, woher sie denn die Professoren nehmen. Ich weiß, daß gerade hier ein Notstand besteht. Heutzutage werden bereits Ordinariate von jungen Leuten im Alter von 35, 36 oder 37 Jahren besetzt, bei denen man doch wirklich nicht sagen kann, daß sie in der Wissenschaft schon etwas geleistet haben.

Ich bin weiter der Auffassung, daß man, bevor man alle Gelder in die Hochschule steckt, zunächst einmal unten anfangen soll bei den Volksschulen, den Berufsschulen und den mittleren Schulen. Hierbei ist folgendes zu beachten: Das Elternhaus leistet heutzutage an Erziehung in vielen Fällen kaum noch etwas. Denken Sie z.B. an die vielen Schlüsselkinder. Das sind Kinder, die einen Wohnungsschlüssel bekommen, weil Vater und Mutter zur Arbeit gehen. Das Kind kommt mittags nach Hause und macht sich dann etwas zurecht oder auch nichts zurecht. Kurz und gut, ich führe das an als Beispiel. Es kommt sehr häufig vor, daß ein normales Elternhaus den Kindern nicht mehr zur Verfügung steht. Aber gerade das Elternhaus und die Schule müssen doch die Kinder, eventuell durch freiwilligen verlängerten Unterricht, zum Fleiß und zur stetigen Arbeit erziehen. Die Kinder müssen wieder eine Verpflichtung zur Arbeit spüren. Sie müssen das Gefühl bekommen, daß die Arbeit etwas Gutes ist. Hier können wir eine große Erziehungsaufgabe für die heranwachsende Jugend erfüllen.

Ich habe versucht, in ganz großen Umrissen Ihnen das Programm darzulegen. Ich bin mir völlig klar darüber, daß das weder erschöpfend noch unbedingt richtig ist; denn manches ist vielleicht auch schief gesehen, aber das eine ist richtig, daß nämlich

4 Am 11. Februar und am 8. März 1960 (TERMINKALENDER). – Dr. Paul Martini (1889–1964), Professor für Innere Medizin, Bonn (ab 1932).

für die heranwachsende Jugend auf dem ganzen Gebiet der Ausbildung viel mehr geschehen muß, als dies bisher geschehen ist und geschieht, weil sonst das deutsche Volk aus der Linie der ersten Völker der Welt zurücksinken wird; denn wir sind ein armes Volk, arm an Bodenschätzen. Das einzige, was wir noch haben, sind unsere Hände und unsere Köpfe. Das andere ist nicht mehr da.

Stoltenberg: Der Kongreß hat, als er angekündigt wurde, in den Reihen unserer Partei und in der Presse ein sehr starkes Interesse gefunden. Es ist bereits eine Reihe von Artikeln darüber geschrieben worden. Man kann schon übersehen, was die interessierten Kreise der CDU von diesem Kongreß erwarten. Es handelt sich um drei Dinge: einmal um eine Klärung unserer Position im Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens, also eine Auseinandersetzung mit den aktuellen Fragen, die heute aufgeworfen werden durch den Rahmenplan des Deutschen Ausschusses^{4a}, der in der gesamten pädagogischen Welt lebhaft Diskussionen ausgelöst hat, zu dem wir bisher nur zögernd Stellung genommen haben. Das führt dann zu der Frage, die Sie angesprochen haben, nämlich zum Schulwesen mit der Begabtenförderung im zweiten Bildungsweg usw. Dann kommt man zur Nachwuchsfrage im allgemeinen und damit in den Bereich der Wissenschaft und Forschung hinein. Hier sind es zwei Hauptthemen: Das eine ist die Frage des materiellen oder organisatorischen Ausbaus der Universität, die Schaffung von größeren Kapazitäten, auch vom Finanziellen und Materiellen her, um die größere Zahl der Studenten bei den immer komplizierter werdenden Dingen von Forschung und Lehre ausbilden zu können. Zweitens handelt es sich – um das alte Schlagwort zu gebrauchen – um den Begriff der sogenannten Hochschulreform mit Selbstverwaltung usw. Und das berührt den dritten Kreis. Ich habe den Eindruck, daß sich sehr viele Freunde unserer Partei neben dieser Auseinandersetzung über konkrete Fragen auch eine Auseinandersetzung über grundsätzliche Fragen vorstellen, z.B. über die liberalistischen und sozialistischen Bildungsvorstellungen usw. Das ist ein Prinzip, das an diesen zwei Sachgebieten exemplifiziert werden muß. Es müssen drei große Referate sein, die vor allem durch kurze vorbereitete Diskussionsbeiträge ergänzt werden. Es könnten auch Korreferate sein, damit wir zu wirklichen Ergebnissen und Aussagen kommen können. Das setzt voraus – es haben schon erste Überlegungen stattgefunden –, daß sich ein Kreis unserer Partei findet, der eine geistige Vorbereitung vornimmt.

Adenauer: Sehen Sie, Herr Stoltenberg, das schwebt mir genau nicht vor! Was Sie sagen, existiert doch schon; das sind all die Gremien, die sich damit beschäftigen. Aber mir schwebt vor die Zukunft der kleinen Leute. Das schwebt mir vor. Die Leute lernen nichts mehr! Das Handwerk kann die Lehrlinge nicht mehr halten! Sie lernen immer weniger. Ich gäbe viel mehr darum – das sage ich mit allem Freimut –, wenn wir ein sehr gutes Berufsschulwesen hätten, als sich nun weiß Gott den Kopf darüber

4a Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden Schulwesens. Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, Bonn vom 14. Februar 1959.

zu zerbrechen, wie wir die Universitäten noch höher heben können. (*Zuruf*: Beides!) Ja, meine Herren, man soll sich nicht übernehmen; nicht beides auf einmal! Ich weiß, daß ich mit dieser meiner Ansicht bei den Herren, die sich gern mit den höheren Idealen beschäftigen, auf taube Ohren stoße. Ich beschäftige mich auch mit höheren Idealen, wenn ich Zeit und Muße habe, aber, verehrter Herr Stoltenberg, gehen Sie doch einmal von den Grundtatsachen aus, die ich angeführt habe.

Die Kohle war unser Reichtum. Dieser Reichtum ist weg. Der zweite Reichtum war der Arbeitswille und das Wissen, aber nicht das der Professoren, sondern das des Volkes. Wie ist es denn damit jetzt? Gehen Sie mal im Volke umher! Hören Sie mal, was die Leute heute noch können und was sie tun! Sie werden darüber erschüttert sein! Jeder Wissenschaftler sagt, daß die Wirtschaft immer mehr technisiert wird. Es werden auch hier mehr Kenntnisse von den Arbeitnehmern verlangt als bisher. Daraus ergibt sich für meinen Geschmack ganz von selbst, daß wir zunächst einmal hier anfangen müssen; denn das kommt doch unendlich viel mehr Leuten zugute, das kommt Millionen zugute! Das Programm des Wissenschaftsrates^{4b} in allen Ehren! Das muß auch sein, aber wir sollten nun wirklich nicht den Kopf in den Sand stecken! Frankreich hat z.B. Gas und Öl und eine viel bessere Landwirtschaft als wir. Was haben wir denn noch? Wir haben eine Landwirtschaft mittlerer Güte. Das liegt zum Teil an unserem Boden, der insbesondere in den Mittelgebirgen weniger fruchtbar ist. Denken Sie doch einfach daran, daß wir allein noch haben unser Gehirn und unsere Hände. Weiter nichts! Und da nützen mir wahrhaftig nicht viel Gott weiß was für Überlegungen bezüglich der Universitäten, um sie noch mehr zu heben, sondern ich möchte den Kindern und jungen Leuten eine möglichst gute Berufsausbildung geben, die sie jetzt nicht bekommen, Herr Stoltenberg! Sie bekommen sie einfach nicht, diese gute Berufsausbildung!

Fragen sie mal einen Handwerker! Ich habe Handwerker gefragt. Neulich war hier eine Gesellenprüfung. Über 50 % sind in Bonn durchgefallen! Und die Prüfer haben doch sicher einen milden Maßstab bei der Prüfung angelegt. Trotzdem sind viele durchgefallen. Sehen Sie sich einmal an, was aus diesen jungen Leuten wird. Nehmen Sie die Volksschule! Die gehört auch dazu. Die Kinder sollen doch in der Volksschule etwas lernen, und sie sollen erzogen werden. Ich bin auch der Auffassung, man soll das eine nicht lassen, aber man soll vor allem einmal dafür sorgen, daß das Gros der heranwachsenden Jugend wirklich mit Wissen und Können so ausgestattet wird, daß es auch seinen Weg im Leben findet.

Osterloh: Herr Bundeskanzler! Es tut mir fast leid, daß ich Ihnen in einem Punkt zustimmen muß, nämlich darin, die CDU vor dem Vorwurf zu bewahren, sie hätte nur ein Herz für die Universität und die höhere Bildung. Aber wir sollten das auch nicht unter den Scheffel stellen. Die Bundestagsfraktion der CDU hat

4b Vgl. Wissenschaftsrat 1957–1967. Bonn 1968.

vorbildliche Beschlüsse gefaßt über die Unterstützung der Universitäten und der Forschungsinstitute.⁵ Dem ist der Haushaltsausschuß des Bundestages gefolgt. Es besteht ein absolutes Vertrauensverhältnis zwischen unseren politischen Kräften und dem Deutschen Wissenschaftsrat. Wir sollten dieses Vertrauensverhältnis nicht belasten durch Zurückhaltung gegenüber den Plänen des Deutschen Wissenschaftsrates.

Ich stimme Ihnen zu, daß wir bei diesem Kongreß publizistisch sehr stark herausstellen sollen, daß es uns um die Jugend geht, daß wir ihr eine Chance geben müssen. Aber, Herr Bundeskanzler, ich bitte Sie, es mir nicht übelzunehmen, wenn ich meine, daß die Volksschulen so schlecht nicht sind und daß das berufsbegleitende Schulwesen der Bundesrepublik Deutschland jede Kritik mit dem berufsfördernden Schulwesen irgendeines Landes aushält. Selbstverständlich können wir das noch verbessern. Aber ich möchte doch gern diejenigen kennenlernen, die nicht rechnen können. Gerade auf dem Gebiete bin ich Fachmann. Wir lassen durch Rechenteste jährlich die Leistungsfähigkeit des achten Schuljahres untersuchen. Bei einem Vergleich mit den Leistungen in der Weimarer Zeit stellen wir fest: Wir können mit den Leistungen der Volksschulen in der Weimarer Zeit nicht nur konkurrieren, sondern wir können nachweisen, daß wir sie übertreffen. Das gilt vom Volksschulwesen der ganzen Bundesrepublik.

Ich würde meinen, Herr Bundeskanzler, es wäre eigentümlich, wenn Sie auf diesem Gebiet die ungerechtfertigte Kritik der SPD übernehmen und sich zum Wortführer einer Ausdehnung der allgemeinen Schulpflicht auf zehn oder zwölf Jahre machen. Das würde mich sehr in Erstaunen setzen. (*Adenauer*: Davon habe ich ja gar nicht gesprochen!) Sie haben betont, es müsse eine zusätzliche freiwillige Ausbildung auf dem Gebiete der Volksschule erfolgen. Wenn wir das neunte Schuljahr überall eingeführt haben werden, sind wir stolz darauf.

Was ich sagen wollte, ist folgendes: Ich bitte doch, bei der Vorplanung dieses Kongresses nicht die Hochschulen und Universitäten auszuschließen und das Schwergewicht aber auf die Ingenieurschulen und die mittlere Ebene des technischen Nachwuchses zu legen. Dann würde ich darum bitten, mit den Ländern zu überlegen, was wir an Chancen der Jugend hinsichtlich der Begabten- und Talente-Förderung anbieten können. Ich möchte sagen, daß es dann gut gehen und der Partei förderlich sein wird, wenn wir sehr sorgfältig Vorbereitungen und Absprachen treffen und bei diesem Kongreß zeigen, daß wir eine Weltanschauungspartei sind.

Wenn wir uns über Kultur- und Bildungsfragen äußern, wird die Öffentlichkeit sehr interessiert sein. Wir dürfen das „Christliche“ nicht antifreiheitlich ausdrücken. Es geht für den Norden der Bundesrepublik nicht an, den Eindruck zu erwecken, als

5 Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu Fragen der Kulturpolitik (BT-Drs. 1398), zur kulturpolitischen Debatte im Bundestag am 12. Februar 1960 (vgl. FAZ vom 13. Februar 1960: Für den Ausbau der Hochschulen zwei Milliarden erwartet). Vgl. auch Gerhard STOLTENBERG: Was tut der Staat für Wissenschaft und Forschung? In: *Civis* vom 15. Oktober 1960 S. 84–86.

ob das Christliche in der Erziehung antifreiheitlich wäre. Wir müssen uns schützen vor der Möglichkeit, daß wir verdächtigt werden als Kämpfer für die Konfessionalisierung. Und hier bitte ich darum, daß wir alsbald einen Kreis von Leuten aus allen Ländern einberufen, der sich nach den notwendigen Sachentscheidungen bemüht, eine Sprachregelung zu finden.

Ich möchte es so ausdrücken: Nach außen hin wird das dokumentiert, daß Frau Teusch und ich in der letzten Zeit Freundschaft miteinander geschlossen und den Beschluß gefaßt haben, daß in unseren Ansprachen die katholische Position, die sie vertritt, und meine protestantische Position – also die typisch rheinische und typisch nordische – werbend zum Ausdruck gebracht werden. (*Bewegung und Unruhe.* – *Zurufe:* Was heißt das? – Wieso werbend?) Meine Damen und Herren! Ich möchte weiter, daß das Anliegen von Herrn Stoltenberg nicht ganz untergeht, und ich schlage vor, in den Namen des Kongresses das Wort „Kulturpolitik“ hineinzubringen. Wir sollten nicht reden von einer kulturpolitischen Arbeitstagung. Das scheint mir unmöglich zu sein. (*Zuruf:* Wieso? – *Unruhe.*) Wir sollten vielmehr einen kulturpolitischen Kongreß der CDU riskieren. Ich bin der Meinung, daß dies unbedingt zu den Vorbereitungen der Wahlkämpfe im nächsten Jahre gehören muß, so daß nach Beendigung der Vorbereitungen zu erwarten ist, daß wir einen großen Teil der Presse auf unserer Seite haben werden und damit eine zusätzliche Möglichkeit des Aufrüttelns, um Wähler zu gewinnen.

Adenauer: Lieber Herr Osterloh! Lassen Sie mich noch einmal meine Gedanken vertiefen. Ich will ja gar nicht das, was Sie wollen. Ich will total etwas anderes! Was Sie mit Frau Teusch haben, interessiert mich nicht. (*Osterloh:* Das ist höchst bedenklich!) Ich will keine konfessionelle Sache machen. Folgen Sie doch bitte einmal meinen ganz einfachen Gedankengängen. Sie sind wirklich einfach.

Ich wiederhole zum dritten Male: Wir haben allein im deutschen Volke noch übrig als Werte unseren Fleiß und unser Können. Und das muß gepflegt und gefördert werden. Und hier kommt es mir vor allem auf die kleinen und mittleren Leute an, die ja das Ganze tragen. Diese sollen möglichst viel Gelegenheit haben, wirklich etwas zu lernen für das Leben. Ich will mit dem Konfessionellen dabei überhaupt nichts zu tun haben. Das sage ich Ihnen ganz offen.

Und wenn Sie sagen, wir könnten uns mit der Weimarer Zeit vergleichen, dann sage ich, die Weimarer Zeit ist vorbei. Fangen wir jetzt nicht an, rückwärts zu vergleichen, sondern sehen wir in die Zukunft! (*Zurufe:* Sehr richtig!) In der Weimarer Zeit waren wir im Vergleich zu heute ein reiches und starkes Land, Herr Osterloh. Machen Sie sich das auch einmal klar. (*Osterloh:* Ich habe mich nur auf das Rechnen der Volksschüler bezogen!) Lieber Herr Osterloh! Ich habe keine Volksschüler geprüft und Sie wahrscheinlich auch nicht. (*Osterloh:* Doch!) Das ist schon lange her! (*Osterloh:* Nein!) Wenn mir die Handwerker sagen, daß sie keine Gesellen mehr hätten, die rechnen können, dann kann man das glauben. (*Osterloh:* Das ist gewiß übertrieben! Das ist genauso, Herr Bundeskanzler, als wenn Sie sagen ...) Würden Sie mich bitte einmal ausreden lassen! Sie sagen einfach: Das

ist übertrieben. – Das war der Vorstand des Deutschen Handwerkertages, der mir das gesagt hat. Und die ganzen Herren stimmten dem zu. Es waren mindestens zehn Herren. Ich habe gar nicht das Thema angeschnitten, sondern das haben die Leute aus sich heraus getan. Sie haben gesagt, sie bekämen solche miserablen Lehrlinge, daß sie überhaupt nicht mehr damit fertig würden. Also scheinen die Dinge doch ganz anders zu sein, als Sie sie sehen.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Wir sind im Grunde nicht weit auseinander. (*Adenauer:* Doch, sehr weit sogar!) Wir wollen der jungen Generation den Weg ins Leben bahnen und sie stärken, und zwar wollen wir anfangen bei den einfachsten Schichten. Ich glaube, auch Herr Osterloh will das, er will aber noch einen Mittelweg über die Lehranstalten usw. einschlagen.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, Herr Bundeskanzler, daß Herr Krone auf dem Parteitag in Karlsruhe folgenden Entschließungsantrag eingereicht hat, der folgendermaßen lautet: „Der Bundesvorstand wird beauftragt, im Herbst 1960 eine Bundestagung zu veranstalten, deren Thema die Kulturpolitik der Christlich-Demokratischen Union ist.“ Dieser Beschluß ist dann einstimmig akzeptiert worden.⁶ Herr Bundeskanzler! Ich rege folgendes an: Wir haben für diese Frage eine Reihe von erstklassig qualifizierten Freunden, (*Adenauer:* Wollen Sie die mal nennen!) die wir bitten können, diesen Kongreß vorzubereiten, weil es ganz ausgeschlossen ist, daß sich etwa die Bundesgeschäftsstelle mit der Vorbereitung befaßt. Die Bundesgeschäftsstelle ist voll eingespannt in die Vorbereitung der Bundestagswahl im Jahre 1961. Und nun nenne ich diese Herren, und zwar Dr. Gerstenmaier, Osterloh, Dr. Heck und Dr. Hofmann⁷. Herr Dr. Hofmann hat mich vorgestern abend in Köln darauf angesprochen, daß wir mit der Vorbereitung dieses Kongresses beginnen sollten.

Meine Anregung geht dahin, daß wir diese vier Herren bitten, uns einmal anhand der bisherigen Überlegungen und aufgrund dessen, was Sie heute vorgetragen haben, ein Tableau zu machen und in der nächsten Bundesvorstandssitzung einen Plan – eventuell mit verschiedenen Alternativen – vorzulegen. Der Grund der heutigen Behandlung dieses Themas ist der, daß wir festlegen müssen, wo und wann diese Tagung sein soll. Wenn sie im November stattfinden soll, muß der Raum jetzt festgelegt werden, damit er überhaupt noch gemietet werden kann. Es gibt relativ wenig Städte, die dafür geeignet sind. Wir müssen gleichzeitig darüber entscheiden, welche Herren wir mit der Vorbereitung beauftragen. Die endgültigen Akzente setzen wir erst, wenn uns diese Herren in der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes den Vorschlag machen. Man könnte aber so verfahren: Gedankenführung a), Gedankenführung b) oder Gedankenführung c). Ich glaube, daß wir so weiterkommen.

⁶ CDU, 9. Bundesparteitag S. 224.

⁷ Dr. Josef Hofmann (1897–1973), 1946–1968 MdL NW (CDU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 494 Anm. 3.

Gerstenmaier: Mein lieber Freund von Hassel! Ich hätte es lieber gesehen und gehört, wenn Sie diesen Vorschlag eine halbe oder eine Stunde später gemacht hätten, auch auf die Gefahr hin, daß es dem einen oder anderen dabei langwierig wird.

Wir führen zum erstenmal in diesem Kreis eine Debatte über ein solches Thema. Mit dem, was Sie vorschlagen, bin ich einverstanden, aber es hat wenig Zweck, vier Mann sozusagen in das Weltall der Bildung oder in einen großen Nebel hineinzuschicken, wenn man nicht weiß, was die übrigen wünschen oder anregen oder anerkennen. Infolgedessen halte ich schon diese Debatte für sehr bedenklich, lieber Freund Osterloh! Die Kontroversen, die hier sichtbar geworden sind, deuten dies an. Wir können über verschiedene Fassungen nachdenken in diesem Kreis, aber wir müssen wissen, worauf soll die allgemeine Auffassung hinausgehen.

Deshalb halte ich es für nützlich, das Gespräch zunächst einmal fortzusetzen. Dann können wir auf Ihren Vorschlag, Herr von Hassel, mit großem Nutzen zurückkommen. Noch ein Wort zu Herrn Osterloh! Mein lieber Freund Osterloh! Ich muß Ihnen sagen, daß es mir sehr gut gefällt, was der Herr Bundeskanzler hier, zwar nicht – verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler – mit letzter programmatischer Klarheit, aber doch in einer klaren Richtung zum Programm gesagt hat. Wenn ich ihn recht verstehe, steckt darin möglicherweise für uns eine, abgesehen vom sachlich-politischen, sehr interessante Antithese zur sozialistischen Kulturpolitik. Warum?

Der Bildungsglaube der SPD ist nicht etwa erst da, seitdem es einen Herrn von Knoeringen gibt, sondern er ist uralte. Denken Sie daran, daß es, bevor es eine Sozialdemokratische Partei Deutschlands gab, schon den Arbeiterverein von Ferdinand Lassalle gegeben hat. Dafür hatten die Leute wöchentlich ihren Groschen zu zahlen. Und so ging das los; es fing unten an. Die Proleten sahen sich nicht nur dem Kapital, sondern auch der Bildung gegenüber. Sie sagten, mit denen müssen wir auf gleich und gleich kommen, nicht nur in der Macht des Geldes, sondern auch in der Macht des Geistes. Infolgedessen müssen wir Bildung suchen. Auch der Konflikt mit den Kirchen ist zum großen Teil darauf zurückzuführen und zu erklären, daß man gesagt hat: Was euch die Pfaffen erzählen, ist doch dummes Zeug. Wir haben die aufgeklärte Bildung. Wir haben etwas im Kopf. Die Pfaffen haben Stroh im Kopf.

Dieser Bildungsglaube, der früher ganz proletarisch war, ist inzwischen von der SPD – so wie sie überhaupt allmählich aufgehört hat, eine revolutionäre Partei zu sein – kultiviert worden. Hierfür hat ein Franzose die treffenden Worte über Herrn von Knoeringen gebraucht, daß er nämlich ein kulturpolitischer Naturheilkundiger sei. Das ist er genau. Jede Äußerung der SPD in den letzten Jahren ist eigentlich eine Äußerung des grenzenlosen Bildungsglaubens, der sich heute darin manifestiert – und hier sehe ich den fruchtbaren Gehalt dieser Kontroverse –, daß die SPD meint, sie müsse vor allem die akademische Existenz ansprechen. Sie tut nichts anderes. Sie redet unablässig auf die akademische Existenz ein. Deshalb ist ihr zweites Wort: Wissenschaftsförderung, zweiter Bildungsweg, Hochschulförderung, Freiplätze bis zum Abitur usw. Alles das ist ein rührender Ausdruck des Bildungsglaubens der

SPD und natürlich auch des Kampfes der SPD um eine Schicht, der sie sich zunächst ein wenig verschlossen hatte.

Es kommt ein Praktisches und ein Theoretisches zusammen, dem wir uns nun stellen könnten. Ich bin der Meinung, daß wir ruhig erwägen sollten, ob am Ende nicht auch politisch – ich sage ausdrücklich politisch, nicht nur sachlich – etwas drinsteckt, wenn man sagt: Wenn die SPD diese akademische Existenz unablässig anspricht, wie wäre es denn, wenn wir als eine große Volkspartei die Volksschule, die Mittelschule, die Berufsschule usw., also die nichtakademische Existenz, ansprächen? Hier gibt es eine Reihe von Problemen, die schon angeschnitten sind. Der Herr Kultusminister von Schleswig-Holstein hat Ausführungen gemacht, denen ich in der Sache nicht widersprechen will, aber ich muß sagen, daß wir damit natürlich vor einer Frage stehen, die wir ganz genau überdenken müssen; denn die Geschichte greift natürlich über das hinaus, was der Kultusminister oder die Schulverwaltung eines Landes machen können. Sie ist auf das engste verbunden mit einem gewissen Zeitbewußtsein, mit Illusionen, die in dieser Zeit mächtig sind, aber auch mit Realitäten soziologischer Art.

Carlo Schmid hat damals einen ganzen SPD-Parteitag⁸ bezaubert und verzaubert mit der Vorstellung von der Automation als einer technischen Revolution, auf die sich der Staat einstellen müsse. Er hat dabei stillschweigend vorausgesetzt, daß diese Zeit der technischen Revolution eigentlich bewirkt wird und das Ergebnis ist der akademischen Existenz.

Denken Sie daran, daß wir leider Gottes mit Zulassung unserer großen Partei im Laufe der letzten zehn Jahre ganz munter an einer Politik teilgenommen haben, die z.B. zumindest den Prozeß des Zugangs zur Universität – auch unter Prestige Gesichtspunkten – nicht korrigiert, sondern eher noch gefördert und erleichtert hat. Ich habe hier in einer Studentenversammlung gesagt⁹, ich habe noch nicht begriffen, warum wir soviel Betriebswirte gebrauchen, warum wir in Köln die und jene Fakultät haben, warum wir so ungemessene Mittel zur Verfügung stellen müssen, auch im Rahmen des Honnefer Modells¹⁰. Wir haben in diesem Punkt eine ganz weitherzige Politik gemacht. Ich wurde verdonnert seinerzeit, als ich mit der Idee kam, man solle die Geschichte mehr auf die Leistungsqualifikation verlagern.

Und was ist nun die Folge dieser weitherzigen Politik? Die Folge ist, daß wir damit auch die mittlere und die praktische Intelligenz abgesaugt haben, die die Länder dringend gebrauchen, um die Kulturbasis eines Volkes zu halten, die selbstverständlich

8 Carlo SCHMID: Die zweite industrielle Revolution. In: Vorstand der SPD (Hrsg.): Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. Juli 1956 in München. München o.J. S. 166–184. Vgl. auch PROTOKOLLE 2 S. 1095 Anm. 90.

9 Eugen GERSTENMAIER: Masse und Demokratie. Vortrag, gehalten auf einer Veranstaltung des RCDS der Universität Bonn am 24. Juni 1959. – In ACDP I-210-073/1.

10 1955 in Bad Honnef beschlossenes und 1957 eingeführtes Studienförderungssystem, 1971 durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz abgelöst.

nicht nur in der theoretischen, akademischen Existenz beruht, sondern vor allem und sehr wesentlich in der Qualität des Handwerkers und Fachmannes und des gekonnten mittleren Dienstes beruht. Was sagen Sie dazu, daß es im Bereich einiger süddeutscher Länder Notare gibt, die keine Akademiker sind, wie dies in Norddeutschland der Fall ist, wo der Rechtsanwalt Notar wird. Auch der Herr Bundeskanzler wollte einmal Notar werden. (*Adenauer*: Aber ein rheinischer Notar!) Ich spreche ja auch mit einer gewissen Hochachtung davon. In Württemberg waren die Notare mittlere Beamte des gehobenen Dienstes, die niemals Universitätsausbildung gehabt haben. Früher wurde man Notar, indem man das Einjährige machte. Man mußte dazu mindestens „befriedigend“ im Einjährigen haben. Mit diesem „Befriedigend“ konnte man dann Notariatspraktikant werden. In demselben Lande wird jetzt ein qualifiziertes Abitur für die gleiche Laufbahn verlangt. Der Jurist, der Rechtsanwalt im Rheinland kann es mit einem unqualifizierten Abitur schon machen. Solcher Ungereimtheiten gibt es noch viele.

Ich will nur sagen, was wollen wir eigentlich? Wir müssen uns darüber unterhalten, damit wir sehen, welche Aspekte wir auf einer solchen kulturpolitischen Bundestagung der CDU – Kongreß würde ich nicht sagen – ansprechen wollen. Anfällig ist auch – ich muß das sagen – die Beschwerde oder mindestens die Klage einiger Leute, um die sich Herr Heck in den letzten Jahren besonders gekümmert hat, wie Asmussen, Schumann¹¹ usw. Die haben noch einiges andere im Sinn. Ich meine, daß wir zu große Pragmatiker geworden sind, daß wir uns also nunmehr mehr um die Substanz des deutschen Geistes kümmern müssen.

Schließlich sollte man sich jetzt aussprechen über die Mittel für die öffentliche Meinung. Wer macht die öffentliche Meinung? Wie ist es eigentlich damit? Nach der politischen Rasananz würde ich meinen, ist es eine der letzten Fragen, die eine politische Partei wie die unsrige sich vorlegen muß, wenn sie sich anschickt, im nächsten Jahre eine große Schlacht zu schlagen. Vielleicht ist es die rasanteste! Bei der politischen Aktualität des ganzen Problems des Ausbildungswesens muß man sich entscheiden, worauf man den Nachdruck legen will.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Chruschtschow vor kurzem seine ganze Schulpolitik umstellen mußte; seinen ganzen zweiten Bildungsweg mußte er revidieren.¹² Er mußte seine ganzen Massen-Akademiker wieder in die Fabriken zurückschicken. Und kein Mensch sagt etwas davon in Deutschland, wieviel Akademiker die Russen ausbilden und wie wenig. Ich bin bereit, mich jeder Kritik zu stellen, aber man muß das ganze Bild sehen, und zwar meine ich das nach der politischen

11 Vermutlich Dr. Walther Schumann (geb. 1903), Oberstadtdirektor Wilhelmshaven, Vizepräsident der Landessynode der evangelisch-lutherischen Kirche Oldenburg, Mitglied der CDU, Teilnehmer an der Kulturpolitischen Tagung der CDU in Gelsenkirchen, 28.–30. November 1960 (vgl. Anm. 20).

12 Zur sowjetischen Bildungspolitik vgl. Oskar ANWEILER u.a. (Hrsg.): Die sowjetische Bildungspolitik von 1958 bis 1973. Dokumente und Texte. Berlin 1976; Oskar ANWEILER/Karl-Heinz RUFFMANN (Hrsg.): Kulturpolitik der Sowjetunion. Stuttgart 1973 S. 81–88.

Bedeutung und nach der politischen Rasanzt. Das ist bei den Herren um Schumann nicht gerade sehr beliebt.

Wir sollten uns noch kurz darüber unterhalten: Was ist das Problem einer Partei heute, die sich bewußt als Weltanschauungspartei versteht? Befindet sie sich im allgemeinen Kulturbewußtsein vor dem politisch-programmatischen Bewußtsein der Zeit überhaupt? Die Tendenz der SPD geht offenkundig, auch wenn sie es nicht sagt, daraufhin, den Deutschen anzupreisen, welche Vorzüge es habe, antiweltanschaulich zu sein, und wie überflüssig es sei, eine Weltanschauungspartei zu sein. Ich muß das hier ausdrücklich sagen, Herr Osterloh, Sie wissen, welch großen Gewinn die SPD mit dieser Parole auf dem Territorium des deutschen Protestantismus in den letzten beiden Jahren gemacht hat. (*Adenauer*: Auch des Katholizismus!) Mein aufrichtiges Beileid, Herr Bundeskanzler! Ich wollte das nur sagen, um die Bedeutung dieses Gesichtspunktes noch einmal herauszustellen.

Burgbacher: Das Gespräch läuft zwei- oder dreigleisig. Ich möchte versuchen, das etwas zu entwirren. Das eine Gleis ist die vom Herrn Bundeskanzler angesprochene Ebene, die ich unter das Thema „Wissen und Bildung in ihrer Bedeutung für den arbeitenden Menschen“ stellen möchte. Das andere ist die Ebene von Herrn Stoltenberg. Hier könnte man sagen „Was erwarten Wissenschaft und Forschung und die Universitäten von der Politik“. Das dritte ist das Thema unseres Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier über die Probleme der öffentlichen Meinung.

Wenn ich Sie, Herr Bundeskanzler, richtig verstanden habe, kommt es Ihnen aufgrund des politischen Gewichts auf das Thema „Bildung und Wissen in ihrer Bedeutung für den arbeitenden Menschen“ an. Sie haben darauf hingewiesen, daß es in dieser arbeitsteiligen und stark technisierten Wirtschaft ganz entscheidend darauf ankomme, die Motoren, die wir haben – nämlich die Menschen –, mit einem Optimum an Leistungsfähigkeit zu erhalten. Das ist natürlich auch die These des Ostens. Damit will ich nicht sagen, daß wir sie nicht beachten; im Gegenteil, ich will sagen, diesen Teil müssen wir akzeptieren. Wir müssen der naturwissenschaftlichen Ausbildung unserer arbeitenden Menschen ein größeres Gewicht beimessen, als wir es z.Z. tun, nur können wir nicht auf den Bildungsfaktor verzichten. Wir müssen neben die Naturwissenschaften ein Minimum an geisteswissenschaftlicher Bildung stellen, weil wir sonst in das technologische Denken geraten und damit die Freiheit gefährden.

Zu dem, was Herr Osterloh erklärt hat, möchte ich sagen – ich hoffe als eine Ergänzung und nicht als Widerspruch –, daß wir natürlich nur eine Freiheit in der Bindung anerkennen können, daß wir eine absolute Freiheit von Bindung nicht anerkennen können. (*Bewegung und Unruhe*.) Ich meine, die Anregung unseres Freundes von Hassel müßte man, wenn es so verstanden wird, dahin ergänzen, daß diese Tagung unter dem Thema „Wissen und Bildung für den arbeitenden Menschen“ nicht nur von den Kulturpolitikern, sondern auch von den Leuten der Wirtschaft und den Arbeitnehmern vorbereitet werden müßte, weil es sich nicht erschöpfen darf in theoretischen Deklamationen, sondern weil es ja zu realisierbaren Ergebnissen führen muß. In einer Zeit, in der das investierte Kapital bis zu DM

400.000,- pro Arbeitsplatz steigt, ist in der Tat diese Ansprache an die arbeitenden Menschen von besonderer Bedeutung, und zwar nicht nur ideell, sondern auch materiell. „Wissen und Bildung“ ist in der Tat ein Thema, das außergewöhnlich gut in die Wahlvorbereitungen paßt. Ich würde anregen, einmal eine Aussprachetagung mit der Wissenschaft und Forschung und auch mit den Universitäten unter dem Thema „Was erwartet ihr von der Politik“ abzuhalten, um damit den kulturpolitischen Rahmen voll auszuschöpfen.

Adenauer: Herr Kollege Gerstenmaier hat vollkommen recht. Die Russen hatten zunächst ihr ganzes Bildungs-, Schul- und Universitätswesen auf das westliche Muster umgestellt. Sie haben Studenten geradezu en gros gezüchtet. Und jetzt sind sie wieder davon abgekommen, weil sie eingesehen haben, daß es keinen Zweck hat. Wovor ich warnen möchte: daß immer nur von der Wissenschaft und der Universität die Rede ist. Ich sehe aber die vielen kleinen Leute vor mir, die kaum noch etwas lernen. Wer gerade das Glück hat, in eine Fabrik zu kommen, in der eine gute Lehrlingsausbildung stattfindet, der lernt noch etwas, aber die vielen anderen lernen eben nichts. Sie werden jetzt nur aufgrund des Arbeitermangels genommen. Aber ich versichere Ihnen, das geht auf die Dauer nicht gut.

Ich würde nicht wie Sie sagen, Herr Burgbacher, „Bildung und Wissen“, sondern das Können ist mir die Hauptsache. Die Jungen und Mädchen lernen nichts mehr. Sie werden auch auf ihren Beruf zu wenig vorbereitet. Sprechen Sie mal mit den Leuten von der Berufsschule, die auf diesem Gebiet etwas wissen. Ich habe mit den Leuten gesprochen. Ich habe Denkschriften von ihnen. Ich wußte nicht, daß dieses Thema heute nachmittag besprochen würde, sonst hätte ich Ihnen das mitgebracht. Ich habe eine ganze Menge vorbereitetes Material schon da, wonach gerade auf diesem Gebiete eine ungeheuer große Vernachlässigung festzustellen ist.

Wie ist es denn heute mit der Jugend? Sie kommt mit 14 Jahren aus der Schule. Sie hat etwas gelernt, was sie sehr schnell wieder vergißt. Dann kommt sie als Lehrling in eine Fabrik oder auf ein Kontor. Und was lernen sie denn da noch? Natürlich gibt es Fabriken mit Lehrlingswerkstätten, wo die Jungen wirklich etwas lernen – ich kenne Fabriken, denen die Ausbildung jedes Lehrlings allein DM 5.000,- kostet –, aber die vielen, vielen anderen, die dieses Glück nicht haben, nämlich in eine solche Fabrik zu kommen, was lernen denn die?

Wir haben immer nur geredet von der Wissenschaft und noch einmal von der Wissenschaft. Die ganze verdamnte Atomgeschichte hat uns dazu verleitet; verdammt nach allen Richtungen des Wortes hin. Das sage ich ganz offen. Noch niemals ist von einer Entdeckung – es war keine Erfindung – mehr Buhei gemacht worden als davon. Und das sagt Ihnen jeder, der wirklich ehrlich ist. Mir hat es zuerst Herr Malenkov¹³ in Rußland gesagt, und zwar: Es wird noch sehr lange dauern, bis wir durch Atomzerfall tatsächlich eine preiswürdige elektrische Kraft finden können. Dazu

13 Georgij Maximilianowitsch Malenkow (1902–1988), 1953–1955 Vorsitzender des Ministerrats, 1957 aller Ämter enthoben. Vgl. PROTOKOLLE I S. 429 Anm. 18.

ist das Öl viel zu billig, als daß man mit der Atomgeschichte dagegen ankommen könnte. Ich sage das nur, damit Sie sehen, wir wir uns den Kopf haben vernebeln lassen. EURATOM¹⁴ möchte bei uns eine Anstalt bauen. Wir wollten Karlsruhe vorsehen. Baden-Württemberg lehnt ab. Wir wissen gar nicht, wo wir mit dem Ding bleiben sollen. Sie wollen nicht, obwohl große Zuschüsse gegeben werden, weil die erzeugte Kraft viel zu teuer ist.

Also, meine Damen und Herren, was mich so bewegt, das ist doch, daß das breite Volk nicht genug lernt. Ich bitte Sie, Herr Osterloh, doch daran zu denken, daß wir tatsächlich in unserem Lande nur den Menschen haben. Wir haben sonst keine Reichtümer mehr. Ich las dieser Tage zufällig, daß Saudi-Arabien einen Ölschwamm darstellt, der noch hundert Jahre völlig ausreicht, um die Erde mit Öl zu versorgen. Das ist ein reiches Land. Ich habe die Zahl der Millionen Dollar, die es bekommt, vergessen, aber was haben wir denn? Denken Sie an die Folgen der beiden Weltkriege! Denken Sie an das Emporkommen solcher Mächte wie Sowjetrußland! (*Unruhe.*) Vielleicht hören Sie mir mal einen Augenblick in Ruhe zu, meine Herren! Es handelt sich wirklich um eine der ernstesten politischen Fragen, die ich überhaupt kenne. Es handelt sich um eine Frage, die mich seit vielen Monaten ständig beschäftigt. Wir sinken herunter! Dazu kommt noch unsere mangelnde Geburtenzahl. Es werden immer weniger Menschen.¹⁵ Wir erleben eine schwere Epoche. Sie müssen einmal die Sache studieren und darüber lesen, wie es im Jahre 1970 oder 1980 bei uns aussehen wird, wenn wir auf diesem Gebiete nichts tun, und dazu gehört vor allen Dingen die Ausbildung der breiten Masse, damit sie in diesem fortschreitenden technischen Zeitalter ihren Mann stehen kann. Sonst bleiben wir nicht mehr konkurrenzfähig mit den anderen, die es zum Teil viel besser haben als wir wegen ihres natürlichen Reichtums, den wir nicht haben.

Halten Sie sich immer vor Augen: Gehirn und Hände sind das einzige, was Deutschland noch hat. Nehmen Sie auch gelegentlich eine Schweizer Zeitung zur Hand. Dann werden Sie lesen, daß es vorbei ist mit der deutschen Wertarbeit. Das können Sie in den Schweizer Zeitungen lesen. In der Schweiz wird viel besser, feiner und präziser gearbeitet als bei uns. Alles wird schlechter bei uns, und wir werden auf die Dauer nicht konkurrenzfähig bleiben, wenn wir auf diesem Gebiet nicht wirklich etwas Durchgreifendes tun.

Ich sage Ihnen noch einmal ganz offen: Die Universitäten und Technischen Hochschulen in allen Ehren, und wer studieren will, soll studieren – aber die große

14 Vgl. Peter WEILEMANN: Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft. Zur Gründungsgeschichte von EURATOM 1955–1957, Baden-Baden 1983. Vgl. auch PROTOKOLLE 2 S. 1224 Anm. 1. – Die Verträge über die Errichtung eines europäischen Instituts für Transurane beim Deutschen Kernforschungszentrum in Karlsruhe wurden am 21. Dezember 1960 unterzeichnet („Bonner Rundschau“ vom 22. Dezember 1960).

15 Anders das Statistische Bundesamt: Starke Zunahme der Geburten (BULLETIN vom 5. April 1960 S. 632), Hohe Geburten- und niedrige Sterbeziffern (EBD. vom 17. August 1960 S. 1505).

Menge der Bevölkerung, die müssen wir in den Stand setzen, in den nächsten Jahren den Kampf um das Leben zu bestehen, einen Kampf, der unter den Völkern sehr schwer werden wird.

Osterloh: Es tut mir sehr leid, Herr Bundeskanzler, daß wir uns nicht ganz verstehen. In unserem Verlangen stimmen wir Ihnen uneingeschränkt zu, nämlich darin, daß unsere Partei eine große Notwendigkeit sieht, die heranwachsende Jugend so auszubilden, daß sie mit den Aufgaben der kommenden Generation fertig werden kann. Dazu gehört insbesondere eine Verstärkung – nun will ich mich etwas genauer ausdrücken – der Möglichkeiten, die die Oberstufe der Volksschule hat, auch der Möglichkeiten, die das berufsbegleitende Schulwesen, das Fachschulwesen und das Ingenieurschulwesen haben.

Herr Bundeskanzler! Wofür ich eintrete, ist folgendes: daß wir hier nichts verschweigen; denn einiges haben wir bereits getan. Sie haben sich damals persönlich vor drei Jahren mit Nachdruck dafür eingesetzt, daß es zu einem Abkommen gekommen ist zwischen dem Bund und den Ländern über die Einrichtung neuer Ingenieurschulen.¹⁶ (*Adenauer:* Man hat uns das Geld, was wir dazu geben wollten, von den Ländern zurückgewiesen!) Es handelte sich um die letzte Rate, bei der in der Abwicklung Schwierigkeiten entstanden sind. In diesen Fällen wäre ich dankbar, Herr Bundeskanzler, wenn Sie sich das einmal vortragen ließen von einem, der die Dinge an der Front beobachtet hat. Wir in Schleswig-Holstein – Herr von Hassel wird es bestätigen – hätten niemals in Lübeck eine neue Ingenieurschule beginnen können, wenn wir nicht die Bundesmittel bekommen hätten, um zunächst einmal in Flensburg, Eckernförde und Kiel die Schulen auszubauen. Das ist für uns eine entscheidende Hilfe gewesen. Herr Bundeskanzler! Wofür ich hier plädiere, ist doch, daß Ihr Anliegen uneingeschränkt Aufnahme findet bei diesem Kongreß, um es zu einem wesentlichen Schwerpunkt zu machen; wir dürfen aber dabei nicht völlig ausschließen eine Behandlung der Dinge, die jetzt das Volk beschäftigen. (*Adenauer:* Das Volk beschäftigen? Verzeihen Sie, die nicht das Volk beschäftigen, sondern die einen kleinen Kreis von Gelehrten beschäftigen! – *Zuruf:* Sehr richtig!) Ich bitte um Entschuldigung, Herr Bundeskanzler, aber die Presse, die ich nicht positiver beurteilen will als Sie, von der ich aber weiß, daß sie mit meinungsbildend ist, spricht auch davon!

Mein Plädoyer läuft darauf hin, das zu tun, was Ihnen vorschwebt, aber doch das andere nicht fallenzulassen, (*Adenauer:* Wer denkt denn daran?) nämlich den Bereich der Hochschule und das Problem der Weltanschauungspartei. Und hier möchte ich eines sagen, Herr Professor! Ich bitte um Entschuldigung, aber ich finde es als verletzend, wenn unterstellt wird, daß ein evangelischer Theologe das Wort „Freiheit“ anders gebrauchen könnte als Freiheit innerhalb der Bindung! Von den evangelischen Theologen ist niemand so liberalistisch, sondern wir verstehen unter Freiheit auch

16 Vgl. BULLETIN vom 6. September 1957 S. 1537f., AdG 1957 S. 6623f.

immer die Bindung. Wofür wir kämpfen, ist doch, uns Norddeutsche nicht der Kommunikationslosigkeit zu zeihen.

Adenauer: Es ist selbstverständlich, daß wir die Universitäten nicht vernachlässigen wollen; das ist doch ganz klar! Ich möchte aber noch einige Worte dazu sagen. Noch vor wenigen Jahren gab es in Köln 10.000 Wirtschaftsstudenten. Jetzt ist nur noch die Hälfte da, weil der Bedarf gesättigt ist. Alles schrie: Wirtschaft, Wirtschaft und nochmals Wirtschaft! Der Besuch der Ingenieurschule verlangt aber ein gewisses Können und die Ablegung einer Prüfung. (*Osterloh:* Mittlere Reife!) Die Leute, die an den Ingenieurschulen nicht ankommen, die gehen an die Technische Hochschule. Halten Sie das für gut? (*Osterloh:* Nein!) Ich meine, daß die Technische Hochschule bevölkern, die an der Ingenieurschule nicht ankommen! – Dann können Sie doch im Interesse der Universität nur das begrüßen, was ich sage. Wir wollen aber für die Masse sorgen. (*Osterloh:* Das tun wir auch! – *Unruhe.*) Ich bin davon überzeugt, daß das in der Bevölkerung, wenn es einigermaßen geschickt publizistisch bekanntgemacht wird, ein viel größeres Echo haben wird. Die Bevölkerung ist allmählich – na, ich will nichts weiter sagen, sonst komme ich allmählich in den Verruf, ein Banause zu sein. Wissen Sie, was ein Banause ist? (*Zuruf:* Nein!) Da sieht man die mangelnde klassische Bildung! Banausen waren diejenigen Leute, die außerhalb der Innung ihre Geschäfte ausübten. Die wurden Banausen genannt. Ich bin aber hier in einer „Innung“ und will kein Banause sein. Ich habe neulich mit einem von mir sehr geachteten Mann, einem Wissenschaftler, ein Gespräch darüber geführt, wie er sich die Entwicklung der Universitäten denke. – Ich kann nur sagen: Heinrich! Mir graut vor dir! – Was sollen wir mit den Leuten machen? Sie studieren Philosophie und Mathematik. Können sie denn damit heute ihr Brot verdienen? Bald nicht mehr! Ich wiederhole: Wir brauchen die heranwachsende Jugend der breiten Schichten, und ihr müssen wir helfen!

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Tatsache, daß wir diese Themen ein Jahr vor der Wahl behandeln, besagt eigentlich alles. Wenn wir diesen Kongreß nicht machen wollten, und zwar im Hinblick auf die Wahl, dann könnten wir unter uns – interna caritatis – die Probleme behandeln und unseren Kultusministern sagen, führt sie durch. Aber jetzt müssen wir diesen Kongreß sehr stark unter dem Gesichtspunkt sehen: Was kann er uns für die Wahl bringen. Man muß natürlich – Herr Gerstenmaier hat schon darauf hingewiesen – berücksichtigen, welchen Wirbel die SPD, kräftig unterstützt von der Presse, seit dem Jahre 1956 bis heute veranstaltet hat.

Ich verrate kein Geheimnis, daß im Bereich der Intellektuellen, der Akademiker, die Sozialdemokratie so langsam glaubhaft als die Partei des Geistes dasteht. Sie haben völlig recht, das wirkt zunächst nicht unmittelbar auf die breiten Schichten, aber so langsam doch auch. Ich meine, daß sich die Anliegen, die hier vorgetragen worden sind, alle durchaus unterbringen lassen. Herr Gerstenmaier hat darauf hingewiesen – ich teile eigentlich diese Auffassung –, daß es von sehr gutem Erfolg sein kann, wenn wir gerade auf den Teil, den die Sozialisten eigenartigerweise vernachlässigt

haben, dem sie eigentlich ihr Hauptaugenmerk hätten zuwenden müssen, nämlich der Bildung und Ausbildung der breiten Schichten, in diesem Kongreß das Schwergewicht legen. Hiermit ist auch Herr Osterloh einverstanden. (*Osterloh*: Uneingeschränkt!) Wir können natürlich das, was überall diskutiert und behandelt wird, nicht mit Stillschweigen übergehen; im Gegenteil, ich meine, daß es sogar notwendig ist, gerade in der Richtung einige ermüthende Worte zu sagen. Diese Träumerei und Schwärmerei, die Carlo Schmid im Jahre 1956 – unterstützt von Professor Brandt¹⁷ aus Düsseldorf – vorgetragen hat, das muß wieder auf den Boden der Tatsachen gestellt werden.

Man sollte also nicht sagen – und wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Bundeskanzler, meinen Sie das auch nicht –, daß auf diesem Kongreß von der Universität und der Wissenschaft überhaupt nicht gesprochen werden soll. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wünschen Sie, daß wir nicht weiter so in diesem Diskussionstrend der Kulturpolitik fortfahren und immer nur von der Wissenschaft und der Universität reden, als ob das das Allerhöchste und alles Überschattende wäre, dabei aber die breiten Schichten unseres Volkes vernachlässigen. Man kann natürlich auf der anderen Seite die Universität und die Hochschule auch nicht ganz ausklammern.

Die Tatsache, daß heute in unseren Schulen weniger solide gearbeitet wird, hängt damit zusammen, daß die Schulmeister weniger solide ausgebildet sind. Die Universität als solche hat seit langem so wenig geleistet, wie sie heute leistet. Sie hat auch noch nie einen solchen Wirbel gemacht, wie sie ihn heute veranstaltet, trotz der schlechten Leistungen.

Ich meine also, es wäre am zweckmäßigsten, wenn wir diese Debatte damit abschließen, daß unter Berücksichtigung dessen, was hier gesagt worden ist, ein kleiner Kreis sich einmal Gedanken darüber macht, wie man das alles in einer Tagung am besten einfängt. Dann könnten wir später im Bundesvorstand ausführlich darüber diskutieren.

Adenauer: Damit kein Mißverständnis entsteht, wiederhole ich: Selbstverständlich kann man die Universität nicht davon ausklammern; aber ich möchte doch vornehmlich etwas tun im Interesse unseres ganzen Volkes, für die breiten Schichten der Bevölkerung, über die kaum jemand spricht. Mit der Volksschule allein, verehrter Herr Osterloh, ist es auch nicht getan. Sie können bei Gott nicht behaupten, daß die Volksschulen alle so großartig sind. Es mag welche geben. Es gibt aber auch welche, die ganz anders sind. Ich hatte daran gedacht, daß der Bund von dem Erlös für das Volkswagenwerk¹⁸ für diese Aufgabe 400 Millionen zur Verfügung stellt, aber nicht

17 In der Vorlage: Brandt. – Prof. Dr. Leo Brandt (1908–1971), Ingenieur; 1953–1971 Staatssekretär im Wirtschafts- und Verkehrsministerium NW, Initiator und Verwaltungsratsvorsitzender der Kernforschungsanlage Jülich GmbH. – Vgl. Anm. 8: Protokoll des SPD-Parteitages S. 148–166.

18 Zur Privatisierung des Volkswagenwerkes vgl. AdG 1960 S. 8489f. Gesetze vom 9. Mai und 21. Juli 1960 – BGBl I S. 301 und 585.

für die Universitäten, sondern für die anderen Schichten der Bevölkerung. Davon will ich auch mal sprechen. Und dann mögen die Zeitungen schreiben, was sie wollen! Wir werden auch darüber schreiben, wenn wir etwas tun für die anderen Schichten. Dafür muß endlich etwas geschehen! (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Gerstenmaier: Ich denke, daß wir uns jetzt gegenseitig keine weiteren Schwierigkeiten zu machen brauchen. Herr Professor Burgbacher! Ich muß mich aber dem Protest meines Freundes Osterloh anschließen. Wir hören nicht gern von einem Professor einer deutschen Universität eine Belehrung über einen höchst mangelhaften Begriff der Freiheit. Das hören wir gar nicht gern. Ich habe mir das zwei Jahre lang in dieser Partei gefallen lassen müssen, aber nicht von einem Universitätsprofessor. (*Von Hassel*: Das hat der Bundesschatzmeister gesagt! – *Unruhe*. – *Adenauer*: Was hat er gesagt?) Er hat uns eine Belehrung darüber gegeben, was der Begriff „Freiheit“ einschließt, nämlich das Ja zur gottgegebenen Bindung. Herr Professor! Das wissen wir, seitdem wir Konfirmandenunterricht gehabt haben. (*Adenauer*: Das ist schon lange her!) Herr Bundeskanzler! Ich habe einmal vor 5.000 Menschen in Nürnberg eine Rede gehalten über den Wiederaufbau der Autorität.¹⁹ Was glauben Sie, wie schwer das war. (*Starke Unruhe und Bewegung*. – *Burgbacher*: Jetzt müssen Sie mir eine persönliche Erklärung gestatten!)

Adenauer: Bitte!

Burgbacher: Ich bin außerordentlich glücklich über die Erklärung. Ich habe das gar nicht gesagt! Ich habe Sie gar nicht darauf angesprochen, daß das nicht so wäre, sondern ich habe wörtlich gesagt – ich hoffe als Ergänzung Ihrer Ausführungen – „Freiheit in der Bindung“. Und das haben Sie, Herr Osterloh, hervorgerufen durch Ihre akzentuierte Erklärung. (*Unruhe*.)

Gerstenmaier: Zur Sache! Herr Bundeskanzler! Ich glaube, es ist völlig klar, daß wir bei einer kulturpolitischen Tagung – ich sehe nicht, wie die Sache anders heißen könnte – sowohl das eine als auch das andere tun müssen. Ich halte es möglicherweise für sehr effektreich und für politisch sehr nützlich, loszugehen mit einem klaren antisozialistischen Akzent gegen die einseitige Betonung der akademischen Existenz zugunsten der Förderung der breiten Schichten. Damit bin ich ganz einverstanden.

Wir müssen den Gedanken in unserem Volke zum Bewußtsein bringen, daß es ein grotesker Irrtum ist, die Kulturaufgaben allein auf die Intellektuellen zu begründen. Das ist völlig falsch, eine Kulturpolitik nur auf die Förderung der Intellektuellen zu stützen, sondern dazu gehört auch ebenso die Förderung des Manuellen. Das ist Ihr Gedanke, Herr Bundeskanzler. Wir müssen auch das andere tun. Wir können nicht die geistige Führungsschicht der Nation der SPD überlassen. Das können wir nicht. Wir dürfen nicht den Eindruck aufkommen lassen – Herr Heck hat es angedeutet –, als ob die SPD die Partei des Geistes sei. Ich würde sagen: Volksschule, Berufsschule, höhere

¹⁹ Eugen GERSTENMAIER: Wider die Ächtung der Autorität. Vortrag, gehalten während der Evangelischen Woche in Nürnberg am 20. Mai 1960. – In ACDP I-210-074/1.

Schule und Wissenschaft. Aber damit ist noch nicht entschieden, ob nun der dritte Punkt auch behandelt werden soll, nämlich das Problem der Weltanschauungspartei. Ich sage Ihnen, meine Herren vom anderen Gesangbuch, es ist natürlich in diesem Zusammenhang für die Aktion der Einheit der CDU von gewisser Bedeutung, ob wir uns auf einer solchen Tagung über den Begriff des Elternrechts erst einigen müssen oder ob wir stillschweigend davon ausgehen können. Mein lieber Freund Altmeier! Wir brauchen nicht zu sagen, für wie profund wir das halten, aber in der Praxis unserer Politik gibt es eine große Reserve gegenüber dem Begriff des Elternrechts. Und dieser Begriff reicht weit hinein in das, was die Kultusminister von uns sagen. (Adenauer: Nach meiner Auffassung hat das gar nichts damit zu tun!)

Wir kommen in der Schulidee heute im säkularisierten Staat in einigen Begriffen nicht mehr zurecht, wenn wir nicht eine klare und einheitliche Position beziehen können. Ich will nur andeuten, wo die Schwierigkeiten – und zwar in Nuancen – sind: bei uns selber. Das ist weithin beim Begriff des Elternrechts der Fall. Ich frage nur, ob Sie das wollen? (Viele Zurufe: Nein, nein!) Man kann dieser oder jener Meinung sein. Ich stelle es nur zur Debatte. Man kann sagen, das überschreitet unsere Tragfähigkeit oder unsere Zeit. (Krone: Unsere Zeit! – Unruhe und Bewegung.) Also, wir wollen es nicht! (Zurufe: Ja!) Ich wollte nur ein Beispiel bringen zu dem Vorschlag, über die Weltanschauungspartei zu sprechen. Äußern Sie sich doch dazu! Ich wiederhole: Volksschule und Berufsschule zusammen mit der Hochschule und der Wissenschaft. Es geht nicht, nur das eine oder nur das andere zu nehmen. Wollen Sie die Weltanschauungsproblematik der Partei dazu haben oder nicht? (Zurufe: Nein, nein!)

Adenauer: Für mich, Herr Gerstenmaier, handelt es sich bei dem ganzen Gedanken nur um eine Erziehungsaufgabe zur Arbeit. Die jungen Leute haben keinen Arbeitswillen mehr. Ich möchte sie gerne durch diese Einrichtungen dazu bringen, daß sie wieder Freude an der Arbeit bekommen. Und wenn sie wieder Freude an der Arbeit bekommen, werden sie auch wieder normale Menschen. Dann kommt das andere ganz von selbst.

Dufhues: Ich möchte dringend davor warnen, auf der ersten Kulturtagung der CDU Fragen der Erarbeitung eines einheitlichen Kulturprogramms zu erörtern, die Herr Gerstenmaier angeschnitten hat. Das führt zu Zerreißproben, die geklärt sein müssen, lange bevor wir zu einer Kulturtagung zusammentreten. Wir sollten uns einigen über die Erörterung der Fragen, die der Herr Bundeskanzler und Herr Heck hier dargelegt haben. Wenn wir zu praktischen Ergebnissen kommen, hat die erste Kulturtagung segensreich und erfolgreich gearbeitet. Ich warne aber davor, Fragen eines einheitlichen Kulturprogramms in das Zentrum der Überlegungen zu stellen. Das können wir nicht verantworten.

Adenauer: Mir liegt das völlig fern. Ich will kein Programm, sondern praktische Arbeit. Ich will den Jungen und Mädchen die Möglichkeit geben, sich weiter fortzubilden. Das will ich denen bieten, und zwar im Sinne unserer heutigen wirtschaftlichen und technischen Entwicklung. Nun hat Herr von Hassel vier Herren

vorgeschlagen; einen habe ich behalten, das war Herr Heck. (*Zuruf:* Dr. Hofmann aus Aachen!) Herr Hofmann ist derartig mit Arbeit überbelastet, daß er seiner jetzigen Arbeit nicht mehr nachkommen kann. Wir müssen Leute dazu haben, die sich der Sache auch widmen können. Mit Herrn Heck bin ich durchaus einverstanden. Mit Herrn Hofmann bin ich nicht einverstanden. Herr Gerstenmaier! Lassen Sie auch die Finger davon. (*Gerstenmaier:* Da bin ich Ihnen sehr dankbar!) Lassen Sie bitte zunächst die Finger davon. Die Arbeit können Sie gar nicht leisten; vielleicht können Sie zum Schluß helfen. (*Gerstenmaier:* Ich habe nichts dagegen! – *Unruhe und Bewegung.*) Meinetwegen können Sie dabei sein. Ich wollte es nur in Ihrem eigenen Interesse sagen. Aber wenn Sie die Zeit finden, bin ich Ihnen dankbar dafür. Er wird wenigstens davor warnen, daß die Sache nicht zu sehr in Hochkultur ausartet.

Heck: Herr Bundeskanzler! Ich möchte mich nachdrücklich dafür aussprechen, Herrn Hofmann dazu zu nehmen; Hofmann ist Vorsitzender des Arbeitskreises der Obleute der Landtagsfraktionen. Wenn wir auf diesem Kongreß bei diesen Fragen als geschlossene Union nach außen auftreten wollen, ist es sehr wichtig, diese Überlegungen in diesem Kreise zu machen.

Adenauer: Was Sie jetzt sagen, Herr Heck, das möchte ich gerade nicht. Ich möchte nicht, daß das in die Länder hineingeht und dann betrachtet wird als eine föderalistische Sache. Das möchte ich gerade nicht. Und das halte ich auch nicht für richtig. Ich würde es vielmehr vorziehen, einen kleinen Kreis zusammenzustellen, der die ganzen Dinge zunächst einmal prüft. Wir kommen dann noch einmal zusammen, und dann können wir sagen, wie wir den Ausschuß zusammensetzen. Ich möchte – das will ich Ihnen geradeaus sagen – möglichst wenig Kultusminister drinhaben. Ich habe viel lieber einen Wirtschaftsminister drin. (*Gerstenmaier:* Das läßt sich doch einfach nicht machen, Herr Bundeskanzler! – *Unruhe.*)

Heck: Dr. Hofmann ist wirklich ein kenntnisreicher Mann auf dem Gebiet der berufsbildenden Schulen. Er hat die letzten Jahre konzentriert mitgewirkt. Ich wäre dankbar, wenn er vom Bundesvorstand dazu beauftragt würde.

Adenauer: Wir sollten nur ein vorbereitendes Komitee einsetzen, das die Sache zunächst einmal prüft. Dann kommen wir wieder zusammen. Wollen Sie dabei sein?

Gerstenmaier: Nein, Herr Bundeskanzler! Ich will es nicht. Ich bin einverstanden mit Heck, Hofmann und Osterloh. Ich widerspreche aber dem Herrn Bundeskanzler, wenn er meint, daß der Wirtschaftsminister dabeisein soll. Alles geht in diesem Staat nicht nach der Wirtschaft!

Adenauer: Erlauben Sie mal, ich habe nicht gesagt: Der Wirtschaftsminister soll dabeisein, – sondern: Eher als der Kultusminister soll es der Wirtschaftsminister sein. (*Bewegung.*) Ist das so schwer zu verstehen? Ich sehe kommen, daß unsere deutsche Jugend nicht mehr ihr Brot verdient, weil sie nichts mehr kann, nicht in den Regionen der Wissenschaft, sondern in dem, was Sie manuell nannten. Sie können nichts mehr!

Gerstenmaier: Was Sie meinen, ist der Verfall der Arbeitsmoral überhaupt. Das

fängt schon beim Staat an. Sehen Sie sich die Bauplätze an. Das ändert nicht der Wirtschaftsminister.

Adenauer: Ich habe nur gesagt, lieber einen Wirtschaftsminister als einen Kultusminister. Ich will beide nicht, wenn Ihnen das genügt. Ich möchte gern einen Mann aus der Wirtschaft dabeihaben. Herr Hofmann hat eine Zeitung und ist Vorsitzender der Obmänner der Landtage. (*Gerstenmaier:* Den können wir nicht übergehen!) Wir können alles! (*Gerstenmaier:* Ich kenne ihn nicht, aber wir können ihn nicht rauslassen!) Sie verstehen nicht, wie wichtig die ganze Sache ist. Bleiben Sie mir mit dem verdammtten Wort „Kulturpolitik und Föderalismus“ vom Leibe! Lassen Sie den ganzen Schwindel mal weg und sehen Sie, wie die Sache in Wirklichkeit liegt. Die Kinder lernen nichts, und sie wollen nicht arbeiten. (*Gerstenmaier:* Was tut denn die Regierung dagegen! – *Unruhe.* – *Gerstenmaier:* Sie hat noch kein einziges Gesetz eingebracht zur Hebung der Arbeitsmoral! – *Anhaltende Unruhe.*)

Hellwig: Verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, man redet hier deswegen aneinander vorbei, weil Sie etwas ganz Praktisches machen wollen, was aber dann unter der Etikette „Kulturpolitik“ liefe. Und hier möchte ich davor warnen, etwas mit der Etikette „Kulturpolitische Tagung der CDU“ zu starten, was ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen wird, z.B. Rationalisierung, Förderung des Berufsschulwesens usw., alles Forderungen, die in den nächsten 15 Jahren verstärkt gestellt werden. Man sollte daher sagen, es ist eine Arbeitstagung, die sich mit der Berufsnot der Jugend und ihrer Ausbildung beschäftigt. (*Adenauer:* Setzen Sie ruhig die Kultur dazu!) Wenn Sie das Etikett „Kulturpolitische Tagung“ nehmen, wird der Vorwurf gemacht: Aha, jetzt wird auch die Kulturpolitik nur noch unter der Aufgabe gesehen, wie verlängern wir das deutsche Wirtschaftswunder! – Das ist der Vorwurf, vor dem wir Sie in sehr wohlwollender Absicht bewahren wollen. Man sollte also nicht einen zu weitgehenden Titel wählen, der Erwartungen erweckt, die nachher nicht erfüllt werden.

Adenauer: Ich habe das Wort „Kultur“ nicht hineingebracht. Das war von Anfang an nicht mein Gedanke! (*Gerstenmaier:* Herr Krone! Sie sind doch der erste gewesen, der davon gesprochen hat! – *Bewegung.*)

Krone: Wir sollten ganz einfach feststellen, daß Ihr Anliegen, Herr Bundeskanzler, von den Herren Heck, Gerstenmaier und Osterloh bejaht worden ist und von uns akzeptiert wird. Ich will es jetzt nicht mehr umschreiben, sondern das, was ich gesagt habe, muß Hauptthema der Tagung sein. Und das ist ein Stück Kultur. (*Bewegung und Unruhe.*)

Nun ein Zweites! Die Herren haben gesagt, man müsse etwas weiter hinausgehen. Herr Heck sagte, wie sollen wir es ändern, wenn wir nicht auch die Lehrer entsprechend besser ausbilden, die doch die Jugend ausbilden müssen. Insofern muß also der Rahmen des Themas entsprechend vorbereitet werden. (*Anhaltende Unruhe.* – *Zuruf:* Was heißt das?) Meine Herren! Noch etwas anderes! Ende Mai haben wir jetzt. Sie gehen vier Wochen weg? (*Adenauer:* Ich gehe höchstens drei Wochen weg!) Dann ist es Ende Juni. Dann geht das Parlament in Ferien. Diese

erste Tagung, die wir im November abhalten wollen, muß sehr gut vorbereitet sein. Wir sollten die Vorbereitungen für die Beschlußfassung im Bundesvorstand nach Ihrer Rückkehr in die Hände von Leuten legen, die darin gearbeitet haben. Das sind zunächst die Herren Heck und Hofmann. Man sollte aus den bekannten Gründen die Länder mit hineinnehmen durch Herr Hofmann. Wir sollten dazu die Leute nehmen, die hier sind, z.B. Freund Gerstenmaier, (*Adenauer*: Ich würde zunächst Herrn Heck allein beauftragen!) damit wir Ende Juni entsprechende Vorschläge bekommen zur Beschlußfassung.

Adenauer: Können wir nicht Herrn Heck beauftragen, uns einen Vorschlag einzureichen? Er kann dann hinzuziehen, wen er will. Herr Heck! Würden Sie dazu bereit sein? Wenn Sie schon jetzt groß mit Kommissionen anfangen, ist die Sache schnell erledigt. Er wird Sie, Herr Gerstenmaier, als „Hilfsarbeiter“ hinzuziehen! (*Heiterkeit*. – *Gerstenmaier*: Ich brauche keine Hilfe zu leisten! – *Unruhe*.) Herr Heck kann hinzunehmen, wen er will, Sie, Herrn von Hassel, mich, Herrn Krone. Herr Höcherl! Darf er auch Sie fragen? (*Höcherl*: Ja, selbstverständlich!) Sollen wir es so machen, daß wir Herrn Heck bitten, noch einmal die Gedanken, die hier von verschiedener Seite geäußert worden sind, durchzugehen und zu klären? Er kann auch die Möglichkeit einer Verbindung der Gedanken untersuchen und uns Ende Juni oder Anfang Juli einen entsprechenden Vorschlag machen.

Von Hassel: Wir sind völlig einverstanden. Wir sollten uns nur über die Frage des Ortes und des Zeitpunktes verständigen, weil die Räume gemietet werden müssen. Es ist eine Reihe von Vorbesprechungen gewesen. Es hat sich nur noch um die Frage gehandelt, ob wir nach Berlin gehen oder nicht. Die Frage Berlin ist dann aus einer Reihe von Gründen verneint worden. Statt dessen wurde Essen vorgeschlagen. Dann muß noch geklärt werden, wann die Tagung stattfinden soll. (*Anhaltend starke Unruhe*.)

Adenauer: Meine Herren! Darf ich um Ruhe bitten! Wir sind gleich fertig.

Von Hassel: Es ist die Woche nach dem 20. November vorgesehen. Es ist sehr schwierig, einen anderen Termin zu finden. Am 13. ist Volkstrauertag, am 16. November ist Buß- und Bettag, und am 27. ist der erste Adventssonntag. (*Adenauer*: Der erste Advent stört doch nicht!) Es werden viele in der Familie sein. (*Adenauer*: Die gehen doch auch sonst nicht in die Familie! – *Gerstenmaier*: Doch! – *Unruhe*.)

Adenauer: Was machen Sie denn? Sie gehen auf die Jagd! (*Gerstenmaier*: Wenn Sie auch nur den blassesten Schimmer von der Jagd hätten, wüßten Sie, daß zwischen dem Totensonntag und dem ersten Adventssonntag keine Jagd stattfindet.)

Von Hassel: Es ist sehr schwer, einen vernünftigen Termin in dieser Zeit herauszusuchen.

Osterloh: Ich bitte um Entschuldigung, aber ich fühle mich einfach verpflichtet, gegen die Art der Behandlung eines so schwerwiegenden Begriffs zu protestieren. Durch Ihre Worte sind die Landeskultusminister grundsätzlich ausgeschlossen. Ich kann überhaupt nicht mehr mitarbeiten, wenn grundsätzlich so getan wird, als ob

zwar viele dazu etwas Nützliches beitragen könnten, in Wirklichkeit will man aber die Wirtschaftspolitiker nehmen und nicht die Kulturpolitiker!

Adenauer: Genau das Gegenteil ist richtig, Herr Osterloh! Ich habe auch die Kultusminister nicht ausgeschlossen, sondern ich habe mich ausgesprochen gegen Herrn Hofmann – zunächst in diesem Stadium – und gegen eine Kommission, habe aber gesagt: Ich schlage vor, daß Herr Heck die vorgetragenen Gedanken einmal durchdenkt und durchgeht und dazu als Sachverständigen hinzuzieht, wen er will, auch Kultusminister selbstverständlich. Dann soll er uns Ende Juni oder spätestens Anfang Juli einen Vorschlag machen, damit wir sehen, wie wir einen Ausschuß zusammensetzen.

Dagegen können Sie doch nicht protestieren! (*Osterloh:* Ich protestiere dagegen, daß ein Termin festgelegt wird, bevor im Bundesvorstand hinreichend Klarheit über das Thema, den Umfang und die Art der Tagung erzielt worden ist.) Herr Heck soll doch den Vorschlag dem Bundesvorstand machen! Sie verstehen mich immer falsch!

Von Hassel: Wenn wir diese Tagung noch in diesem Jahre machen wollen, kommt überhaupt nur noch die letzte Novemberwoche in Frage. Im kommenden Frühjahr haben wir den Bundesparteitag. Wir haben uns bereits mit einer Reihe von Städten wegen der Kongreßhalle in Verbindung gesetzt. Da diese Termine auch von anderen gewünscht werden, habe ich darum gebeten, daß wir heute die Zeit festlegen. Ich meine, Herr Osterloh, über die Festlegung des Zeitpunktes können Sie doch am allerwenigsten böse sein! (*Osterloh:* Doch! Man soll keinen Zeitpunkt festlegen, bevor man nicht weiß, welche Themen dort behandelt werden! – *Unruhe.*) Herr Osterloh! Als damals der Zeitpunkt für den Bundesparteitag in Karlsruhe festgelegt wurde, wußten wir auch nicht, wie der Inhalt sein würde. So scheint es auch jetzt zu sein. So macht es Herr Heck mit seiner Mannschaft ... (*Gerstenmaier:* Er hat doch keine Mannschaft. Das ist ihm verboten!)

Adenauer: Herr Gerstenmaier hört auch auf dem linken Ohr sehr schwer, wenigstens hier. Sonst hört er sehr gut. Aber hier hört er sehr schlecht. Dem Herrn Heck soll nach meiner Meinung nichts verboten sein, sondern er soll sich die Leute heranziehen, die er für richtig hält. Und dann soll er das Ergebnis dem Parteivorstand vortragen. – Also, ich verstehe allmählich die ganze Geschichte nicht mehr. – Ich stelle fest, daß Sie damit einverstanden sind. (*Johnen:* Eine solche Ermächtigung hat noch keiner gehabt! – *Bewegung.*)²⁰

20 Die Tagung fand vom 28. bis 30. November 1960 in Gelsenkirchen statt. Druck der Referate in Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands (Hrsg.): Erziehung, Bildung, Ausbildung. Zur Kulturpolitik der CDU/CSU. Bonn 1961.

PARTEITAG 1961

Von Hassel: Der Parteitag im Jahre 1961 beschäftigt bereits die Bundesgeschäftsstelle seit einigen Tagen, und zwar nach zwei Richtungen hin, was nämlich den Zeitpunkt und den Ort angeht. Als Termin kommt nach unseren Überlegungen nur in Frage die Woche vom 16. bis zum 20. April bzw. vom 23. bis 27. April. (*Adenauer:* Wann ist Ostern?) Ostern ist am 2. April. Vorher paßt es nicht. Im September sind die Wahlen. Der Parteitag muß aber im Frühjahr sein. Der eigentliche Wahlkampf muß Ende Juni beginnen. Der Parteitag kann nur in einigen, und zwar dafür geeigneten Städten stattfinden.

Hannover hat zwar eine geeignete Kongreßhalle, aber sie liegt außerhalb der Stadt, so daß jede Kontaktmöglichkeit fehlt, auch wegen der Unterbringung usw. Außerdem ist Ende April die große Messe in Hannover, so daß also Hannover ausfällt. Die Kongreßhalle in Frankfurt im Messegelände wäre für die Durchführung geeignet. Wir sind aber der Meinung, daß ein Parteitag in Frankfurt zerlaufen wird und keine geschlossene Möglichkeit bietet. Wir sind nach einer Absprache mit Hessen der Ansicht, dann sollte man lieber nach Wiesbaden gehen. In Wiesbaden geht es allerdings nicht im Kurhaus, weil es zu klein ist, wohl aber in der Rhein-Main-Halle, die jedoch zu dem genannten Zeitraum nicht mehr frei ist. Dann haben wir noch eine Möglichkeit in Dortmund. (*Adenauer:* Sagen Sie doch, worauf Sie hinauswollen! – *Zurufe:* Sehr richtig!) Ich schlage vor, nicht nach Dortmund zu gehen, sondern in Dortmund wiederum den Wahlkampf zu eröffnen mit einer Großkundgebung, und zwar mit einem gebührenden zeitlichen Abstand vor den Bundestagswahlen. Also scheidet auch Dortmund aus.

Es bleibt Düsseldorf, und zwar die Rheinlandhalle, die ausreicht, um 1.800 Menschen unterzubringen. Ob es terminlich möglich ist, ist noch nicht ganz zu übersehen.

Wir müßten also wissen, ob wir nach Düsseldorf oder nach Wiesbaden gehen sollen. Wenn wir den Termin auf Anfang Mai legen, würden wir möglicherweise die Kongreßhalle in Wiesbaden bekommen können. Kassel halten wir für ungeeignet. In Hamburg, Kiel, Stuttgart und Karlsruhe waren wir schon. Dürfen wir Ihre Meinung mal hören! (*Adenauer:* Lassen wir nach München gehen! – *Höcherl:* Ich habe nichts dagegen! – *Heiterkeit.*) Zum Oktoberfest! (*Johnen:* Ich bin für Wiesbaden! In Düsseldorf können wir die Leute nicht unterbringen. Wir haben nicht genügend Betten! – *Unruhe.*)

Dufhues: Westfalen würde sich sehr freuen, wenn der Parteitag in Westfalen abgehalten würde. Aber wir sehen jetzt keine Möglichkeit. Wir könnten aber den übernächsten Parteitag in Westfalen abhalten. (*Adenauer:* Also eine Voranmeldung?) Ja, ich wäre dankbar, wenn das zum Protokoll genommen würde.

Adenauer: Ich schlage vor, daß wir nach Wiesbaden gehen. Im Mai ist es weder zu früh noch zu spät. In Hamburg waren wir z.B. viel später.

Von Hassel: In diesem Zusammenhang darf ich sagen, in Karlsruhe ist es gerade

noch einmal gutgegangen, aber die Schwarzwaldhalle ist denkbar ungeeignet für einen Parteitag. Sie ist zwar für Konzerte sehr geeignet, aber für Diskussionen ist sie fast unmöglich.

Fay: Ich bin nicht gefragt worden wegen Wiesbaden! Ich bin erstaunt, daß hier bereits ein Akkord geschlossen worden ist. Ich weiß nichts und bin nicht gefragt worden! Sie können natürlich Wiesbaden als Tagungsort beschließen. Das ist eine Bundesangelegenheit. Als Hesse sage ich Ihnen: Gehen Sie nach Frankfurt. Sie gehen jetzt von einer falschen Voraussetzung aus; denn in Wiesbaden herrscht die SPD genauso wie in Frankfurt.

Adenauer: Wiesbaden ist attraktiver. Dahin kommen mehr Leute. (*Fay:* Das weiß ich nicht. Warum soll es nicht in Frankfurt sein? Da haben Sie die Presse!) Die Presse kommt auch nach Wiesbaden, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Frankfurt ist zu groß. Wiesbaden ist schon das Richtige. (*Fay:* Dortmund ist nicht viel kleiner als Frankfurt! – *Zuruf:* Darum gehen wir auch nicht dorthin! – *Heiterkeit.*)

Stoltenberg: Wir haben zweimal den Parteitag in Hamburg gehabt. Ich würde sagen, bei Wiesbaden hat man die Vorstellung einer gepflegten Kurstadt, während Frankfurt eine Stadt der politischen Entscheidungen ist. Es ist richtiger, in eine Großstadt zu gehen, weil man eine stärkere politische Wirkung erzielen kann.

Adenauer: Mir liegt am Herzen, daß der Parteitag in einer Stadt abgehalten wird, wo wir eine geschlossene Kundgebung machen können. Und da ist Wiesbaden viel geeigneter als Frankfurt. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Von Hassel: Es kommt auch auf die Atmosphäre an. Ich bitte darum, Herr Bundeskanzler, die Bundesgeschäftsstelle zu ermächtigen, zunächst einmal mit Wiesbaden zu verhandeln, auch wenn sich der Termin um plus/minus 14 Tage verschieben sollte. Dann werden wir dem Bundesvorstand darüber berichten, wie es aussieht.

Adenauer: Damit sind Sie einverstanden! – Wir wollen noch notieren, daß Herr Dufhues eine Voranmeldung gemacht hat für den übernächsten Parteitag, und zwar in Dortmund? (*Dufhues:* Wir wollen uns noch nicht auf Dortmund festlegen, es könnte auch Münster sein. Ich würde sagen: Westfalen!)

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich freue mich, daß der neue Bundesvorstand so lebhaft diskutiert hat, ein gutes Omen für die Zukunft. Ich darf die Sitzung schließen und danke Ihnen sehr.